

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6194
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
0,80 M. Streifenband 1 M. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Zur Urlaubsfrage Wie man in Elberfeld die Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter bessert. — Neues von der „Waterlant“ (Samburg Altona, Mainzer Brief. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Staats- und Gemeindebetrieben. — Verschiedene Nachrichten. — Eingegangene Zuschriften und Bücher. — Verbandszeit. — Anzeigen.

Zur Urlaubsfrage.

Die Frage der Sommerferien oder eines Erholungsurlaubs gewinnt in weiteren Kollegenkreisen ein aktuelles Interesse. Der Verbandsvorstand wird daher in Wäde eine diese Frage speziell behandelnde Kugelschrift herausgeben, um die auf diesen Punkt gerichteten Vorschläge zu konzentrieren. Für heute begnügen wir uns mit diesem Hinweis und berichten das neue, was in den Stadtparlamenten, Magistrat-Kollegien und anderen Körperlichkeiten hierüber verhandelt wurde. Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf den in dieser Nummer gegebenen Samburgener Situationsbericht Neues von der „Waterlant“, der sich anfangs ebenfalls mit dieser Frage befaßt.

Keilbrunn. Der Verein der städtischen Bediensteten führt um grundsätzliche Regelung des jährlichen Erholungsurlaubs der städtischen Bediensteten. In der beifolgenden Eingabe wird u. a. betont, daß der Verein jetzt 125 Mitglieder zählt. Die Höhe der Urlaubsgeld sollte sich nach den Dienstjahren richten. Stellvertretungskosten sollten, soweit solche überhaupt nötig werden, von der Stadt getragen werden; doch würden solche wohl selten entstehen, da die Stellvertretung meist von Kollegen übernommen wird. Weiter wird bemerkt, daß der Dienst der Gesundheitsfürsorge ein aufreißender sei, ins besondere derjenigen, die zum Teil Nachtdienst zu leisten haben. Die Gutskommission hat sich mit der Eingabe befaßt und beschloßen, die Bitte zu befürworten. Der Vorsitzende führte in der Beratung aus, die Bitte entspreche einem jetzt allgemein beobachteten Verfahren nach Sommerurlaub. Ein Vergleich der Bediensteten mit den Bureauangestellten sei nicht ganz zutreffend; die Bureauarbeit stelle doch ganz andere Anforderungen, besonders in geistiger Beziehung als der Zustellungsdiens. Die Kommission beauftragt die Gewährung des Urlaubs in der Voraussetzung, daß der Dienst es jeweils erlaubt. Der Stadtvorstand beantragt die weitere Voraussetzung, daß Stellvertretungskosten in der Regel nicht entstehen dürfen und daß die Einteilung des Urlaubs dem Stadtvorstand zur Entscheidung zusteht. Für die Abfassung wird von ihm folgende Skala vorgeeschlagen:

Dienstjahre	3 Tage
1-5	5
6-10	7
11-15	9
16-20	12
21-25	14
26 u. mehr	16

Eine ähnliche Regelung bestehe in Stuttgart, wo sie sich gut bewährt hat. Dort hat sich auch gezeigt, daß Stellvertretungskosten nur in ganz geringem Umfang entstanden sind. Weiter verwies der Stadtvorstand darauf, daß bei Genehmigung des Gehalts den nachstehenden Arbeitern ein solches Gehälts nicht abgebilligt werden kann. Doch liegt von diesen bisher kein Antrag vor. Gem. Rat Weg ist mit den Vorschlägen des Stadtvorstandes ganz einverstanden. Er fragt, ob diese Skala auch bei Erholungsurlaub aus Gesundheits-ärztlichen Anwendung finden wird. Der Vorsitzende verneint dies. In Krankheitsfällen werden, wie bisher schon, die Bediensteten nach Bedürfnis vom Dienst dispensiert. Gem. Rat Küster: Er stehe der Eingabe sympathisch gegenüber. Zur Verhütung von Stellvertretungs-

lofen werde es sich vielleicht empfehlen, beim Beginn der Sommerzeit einen allgemeinen Plan für die Verurlaubung der Bediensteten aufzustellen. Der Vorsitzende bemerkt, daß dies in Aussicht genommen ist. Gem. Rat Mittler: Es handle sich weniger um eine Neueinführung, als vielmehr um eine Regelung des Urlaubswesens der städtischen Bediensteten. Er könne sich diesem Beschluß um so eher anschließen, als auch in Aussicht steht, daß den städtischen Arbeitern die gleiche Wohltat zuteil werden wird. Gem. Rat Weg fragt noch, ob eine Zusammenlegung des Urlaubs mehrerer Jahre auf ein Jahr zugelassen werde, worauf der Vorsitzende erwidert, daß dies im großen und ganzen nirgends zulässig sei, doch werde in Würdigung eines einzelnen Falles, wenn ganz besondere Gründe vorliegen, eine Zusammenlegung bezw. Vergrößerung des Urlaubs wohl genehmigt werden können.

Schöneberg Berlin. Zwei Tage Urlaub! Die städtischen Arbeiter Schönebergs können sich freuen: wenn sie mindestens drei Jahre hindurch für die Stadt tätig gewesen sind, erhalten sie in diesem Jahre zwei volle Tage Urlaub! So haben es in den letzten fünf Jahren die Stadtwärter Schönebergs auf Grund eines stammesamtlichen Beschlusses. Es wurde zwar darauf hingewiesen, daß Schöneberg sich mit dieser Leistung lächerlich machen werde und lieber gar nichts bewilligen solle, aber die Mehrzahl hielt zwei Tage, wenigstens in diesem Jahre, für ausreichend. Sie tröstete die anderen Tausenden damit, daß die Arbeiter, die länger als 5 Jahre in städtischen Diensten stehen, 5 Urlaubstage genießen sollen, während der Rest, die auf eine mindestens 10-jährige Dienstzeit zurückblicken, sogar eine volle Woche beurlaubt werden. Ein zweites Verhandlungsmittel wurde darin gefunden, daß man mit diesem Beschluß nur ein Provisorium für dieses Jahr schaffen und im nächsten von neuem über die Frage verhandeln wolle, und ein drittes sagte der Stadtvorordnete recht hinzu, als er erklärte: „Wenn die 2 Tage nicht gefallen, der braucht ja gar keinen Urlaub zu nehmen.“ Diese Gründe schlugen durch, und als der Oberbürgermeister Witte die Erklärung abgab, daß ein weitergehender Beschluß am Widerstande des Magistrats scheitern würde, verwarf man selbst einen gemäßigten Antrag des Stadtverordneten Kobanien, der wenigstens einen Tag zulegen wollte und trat den Beschloßen der Kommission bei.

Bereits in Nr. 11 (Seite 257) unserer Zeitschrift konnten wir auf das geringe Interesse hinweisen, das die Stadtwärter für diese Frage haben. Wenn man ferner beachtet, daß die Schöneberger Kollegen noch gar nicht organisiert sind, so ist das Ganze fürwahr kein großes Wunder.

Kürnbere. 33 städtische Polierere, Werkmeister und Monteurere suchten beim Magistrat um Verlängerung ihres Urlaubs nach. Bisher betrug derselbe 5 Tage, sie verlangten 8 Tage, da sie früher bereits so lange Urlaub hatten. Herr Oberbaumeister Weber bemerkt hierzu, daß erst seit vorigen Jahr die Bestimmungen über die Höhe des Urlaubs der städtischen Angestellten generell geregelt worden sei. Früher sei allerdings auf Ersuchen der Angestellten manchmal ein Urlaub von 8 Tagen bewilligt worden, aber allgemeine Bestimmung sei dies nicht gewesen. Das Gesuch wurde abgelehnt. Ebenso die Eingabe der städtischen Vorarbeiter, die um Verlängerung ihres Urlaubs von 3 auf 5 Tagen nachsuchten. Die Ablehnung erfolgte, da sie gelernter Arbeiter nicht seien und größere Verantwortung als die anderen Arbeiter nicht hätten. Dazu haben die städtischen Beschäftigten öffentlich erklärt, daß sie sich an dem Gehälts nicht beteiligen hätten. Diese Frauen sollen dafür Erholungsurlaub haben!

Sommerurlaub bei der Reichspost. Die Postverwaltung zählt bekanntlich alljährlich während der Sommermonate ihren Beamten einen kleinen Erholungsurlaub, der für die Unterbeamten zu einer nebensächlichen Anwesenheitszeit zusammenschminkt, sich für die höheren

Beamten dagegen zu einer sechswohigen Padelur erweitert. Dieser Urlaub soll natürlich so billig wie möglich sein — für die Postverwaltung nämlich. Die Oberverwaltungsstellen unterziehen deshalb die Urlaubspläne der einzelnen Postämter einer peinlichen Prüfung und suchen die Sache möglichst so einzurichten, daß die Geschäfte der beurlaubten Beamten auf das übrige Personal verteilt werden, daß also keine Kosten für Stellvertreter entstehen. Derjenige Postamtsvorsteher, der die wenigsten — womöglich gar keine — Stellvertreter für die Urlaubszeiten verlangt, gilt als tüchtigster und fleißigster und erhält eine besondere Belobigung. Infolgedessen sind bei größeren Postämtern während des ganzen Sommers die mittleren und unteren Beamten mit Arbeiten überlastet. Der kurze Urlaub muß durch tägliche Überstunden oder durch intensivere Arbeit während der planmäßigen Dienstzeit abverdient werden. Kommen nun noch verschiedene Straßensfälle hinzu, so daß auch die Geschäfte der erkrankten Beamten auf das so wie so schon beschränkte Personal verteilt werden, dann kommt der ganze Betrieb ins Stocken. Das kann man im Sommer fast überall beobachten.

Ueber die Urlaubsverhältnisse bei der bayerischen Post erhalten die „Mündler Nachrichten“ folgende Mitteilung: In Nr. 263 der „M. N.“ ist zu lesen, daß es vom Postpersonal sehr beklagt wird, weil die Urlaubsbestimmungen für stamsmäßige Unterbeamte und Bedienstete keine Änderung erfahren. Das ist ein großer Irrtum. Bei der Post erhalten die Unterbeamten und Bediensteten der Kategorie D I und II schon bisher 14 Tage Jahresurlaub, die Kategorie D III sieben Tage, daselbe gilt für die Kategorie D IV in größeren Städten, während die Landpostboten bisher nur drei Tage Urlaub erhielten. Nach den Erklärungen des Herrn Verkehrsministers im Landtage bei Beratung des Postetats ist aber eine Ausdehnung des Urlaubs der Landpostboten auf fünf Tage sehr wahrscheinlich.

Wie man in Elberfeld die Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter bessert.

(Ein Vortrag im Zuge der städtischen Arbeiter in Elberfeld.)

Der Trieb aller Menschen nach besserer Existenz ist in neuerer Zeit auch bei den städtischen Arbeitern Elberfelds etwas offener in die Erscheinung getreten. Es beginnt sich hier gleichfalls allmählich zu äußern. Während der letzten Monate hat da in fast allen Einzelbetrieben der Stadtverwaltung eine Bewegung zugunsten der Erziehung angesehener Lohn- und Arbeitsbedingungen eingesetzt. Es ist deshalb wohl erklärlich, wenn hier einmal über die dort existierenden Zustände verhandelt, was an die Öffentlichkeit dringt. Im nachstehenden werden wir nun hier berichten, was uns in jüngerer Zeit darüber bekannt geworden und wie und welches die Stellung der Verwaltung ist.

Geht man mit den Mengen mit der Straßencleaning und dem Müllabfuhrwesen. Die Müllabfuhr ist hier nahezu vollständig unbegrenzt. Durchschnittlich fällt auf morgens 1. Uhr und das Ende gewöhnlich auf abends gegen 7 Uhr. Diese Kantonsarbeiten müssen natürlich, wenn sie mit der Außenarbeit fertig sind, nach regelmäßig diese Befehle beenden. Ihre Mittagspause beträgt im Durchschnitt 2 Stunden, jedoch nach Abzug der übrigen Käufer eine Arbeitszeit von 11-12 Stunden herauskommt. Als und zu ist ja dieselbe auch einmal früher, im allgemeinen jedoch nicht. Verabre werden allerdings sehr bei längerer Beschäftigungsdauer nur zehn Stunden, weil die eigentliche Arbeit mit der Anwesenheit nachmittags gegen 1. Uhr beendeten sein soll. Allmählich gibt es auch ein oder maximal Nacharbeit und nachts die Zennarbeit. Von Zennarbeit ist dann jedoch nur sehr wenig zu berichten. Bessere Beschäftigung hierher kommt so gut wie gar nicht in Frage, denn der Aufschlag für Nacht- und Zennarbeit ist zu gering. Man darf man aber nicht eines denken, daß die sonstige Tätigkeit gut bezahlt wird; dies ist keineswegs der Fall. Erhalten doch die Arbeiter den herrschenden Lohn von 2,50 - 3,20 Mk. pro Tag und die Leute des Müllabfuhrers 2, 3,20 Mk. Die hierin liegenden Zuschläge treten jedoch erst nach mehrerer Stunden in Kraft, nur besonders „würdiger“ Personen werden davon etwas bezahlt. Wenn Wasserbau kommen für den Tag, dann 3,20 Mk. Tagelohn in Frage. Im Müllabfuhrwesen ist die Müllabfuhr sehr schlecht bezahlt. Die Leute, eine oder zwei Stunden, nur sieben zusammen reichlich 100 Arbeiter, in bestimmten Stunden sind es mehr oder weniger weniger, die Lohn und so ist, nur sehr selten, mehr, ein die die doch sehr schlecht bezahlt werden.

Im dem letzten Monat, im Januar, ist doch nur einem ruhigen und fast allen Menschen auf dem Gebiete diesen Jahre, begonnen hat denn ebenfalls Gewässer zu ruhigen. Einzelne Herren der Monats haben unter der Sand Gerichte über verschiedene Verhandlungen begonnen, um so die Organisation den Weg aus dem Zellen zu nehmen. Auch hier wurde gegen den Verband meist gemacht und den Kollegen viel von der Müllabfuhr, ja sogar Zehnarbeit diese Arbeiter Erklärungen erzählt. Man er hätte einfach, daß durch das Umwälzen derselben das Wohlwollen

der Vorgesetzten für ihre Arbeiter beeinträchtigt würde. Nebenbei tritt man sich selbst mit dem Gedanken einer letzten Vereinsgründung. Bis dato hat sich jedoch nichts von beiden verwirklicht, trotzdem einige Leute speziell wegen Kohnerhebungen vertrieben wurden. In diese Tätigkeit ist dabei gerade eine Notwendigkeit. Die lieben Arbeiterfreunde wollen dies allerdings nicht Wert haben; dennungedient gehen wir aber den uns vorgezeichneten Weg.

Ein großes Montierung städtischer Arbeiter stellen auch die Licht- und Wasserwerke. In Winterzeiten erreicht ihre Zahl einige Hundert. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Einzelkategorien zu behandeln, ist jedoch für heute unmöglich, wie wollen deshalb diejenigen auf der Gasanrath Beschäftigten herausgreifen. Die effektive Arbeitszeit beläuft sich da für die nun am Tage tätigen Personen auf 10 Stunden. Zur die Betriebsleute, welche in Tag und Nachtarbeit arbeiten, kommt hingegen die 24stündige regelmäßige und die 24stündige Beschäftigung in Betracht. Als Entschädigung hierfür wird pro Woche 1,50 Mk. an die städtischen Arbeiter und 3,50 - 3,90 Mk. an die jungen Arbeiter, Motzblätter und Möhlenfabrik bezahlt. Der Lohn der Müllabfuhrer ist auf 3,20 bis 3,50 Mk. bemessen; wird hingegen ein Betriebsmann verbleibend zur Beförderung kommt, dann erhält er 3,60 Mk. Lohn. Hinsichtlich die Beschäftigungsdauer wird hierbei nicht genommen.

Wer den Trieb vom Feuer nicht mehr so recht fühlen kann, der kommt auf den Hof und damit wird sein Verdienst von 1,30 Mk. auf 3,60 Mk. gehen, sehr wenn der betreffende Arbeiter länger denn 30 Jahre im Betriebe war. Ein drittel der Fall liegt zurzeit gerade vor. Nachbete lang hat dieser Mann seine Arbeit an ihn beauftragt, nachdem er keine neuen Kräfte auf der Arbeit gefassen hat, bedient man ihn mit einem Aufschlag von 70 Pf. Lohn. Soll das vielleicht die vorgeschriebene Anerkennung für langjährige treue Dienste sein? Bald möchte man es glauben! Wäre der Betriebsmann ein Beamter gewesen, dann hätte er sicherlich diese Grundbesitzung und Würdigung nicht erfahren müssen. Dann hätte man ihn als Beamter abgesetzt und noch etwas mehr bezahlt. Wir möchten deshalb in ähnlichen Fällen diese Vorfälle, daß solchen Mitarbeitern für künftiger Lohn weiter gezahlt wird, auch wenn die Arbeitszeit vermindert ist. Es ist die Verwaltung diese Ansicht zu eigen machen wird, in freier eine andere Frage. Verlangt man es wenigstens den Ansehen, als wenn man das Gegenteil wolle und man den alten Arbeiter für die Pufferung des reinen Entschädigung verantwortlich machen und außerdem noch kräftig wolle, wenn er an der ganzen Sache voll und ganz beteiligt ist. In den letzten der Herrn Inspektors Müllabfuhr aber der Gehalt, während der Heiligkeit. Hat er ihn doch mit dreifacher Gehalt und unter Zwang ein Lohnes Zeddes erfüllt, daß er noch anzusehen war, was er einbehalten hat. In diesem bedarf nachzugeben und aller Summarat hören Auftreten des Herrn Inspektors nach ein Wort der Müllabfuhr, habe die Stellung des Beschäftigten abzuändern. Eins wollen wir jedoch hier berichten, nämlich den Fall meines Schwagers, während der Verwaltung anderer Umstände und anderer Verhältnisse, durch die Verhältnisse der Verwaltung, werden da alle möglichen Gründe ins Licht geführt, welche gegen unsere Wünsche sprechen und uns von Seiten der Organisation der städtischen Gasarbeiter unter den Augen wegnehmen sollten, und da soll es denn, daß, infolge der nachstehenden Rede und Gewandtheit, die ererbte Vererbungsart für den 22 Jahre auf der Anzahl Beschäftigten zur Vermehrung des Verdienstes kam. Die Freilassung und Verbesserung der Beschäftigten der Verwaltung haben aber hier in einem ungewissen Moment geführt. Auch die Wiedergabe des weiter angeführten neuen unklaren Fortschritts nimmt nicht vom Verschwinden, sondern von Augen und Erfahrungen. Die erstliche Erregung über die Beschäftigung der Zustände auf der Gasanrath in der Probe hat jedenfalls bewirkt, daß man die sehr wichtige Verabre in dieser Tages außer Acht ließ. Uns hier nun aber nicht daran, diese ganze Geschichte bis in die kleinsten Details hier durchzunehmen, sondern der Zweck der Publikation ist vielmehr die Abklärung solcher Mängel.

Wenn den hier geschilderten Zuständen ist es aber auch nötig, noch auf andere Zähler einzugehen.

Die Verhältnisse der Gasanrath fallen bei bekanntlich in diesem Jahre sehr veranlagt, mehrere Kategorien beinhalten. Die Höhe derselben hat die Schaffung eines neuen zum Ausschuss der Gasanrath, eine gewisse Höhe über die der vorherigen Jahre und die Verhältnisse zum Bestehen der Tage. Man hat auch diese Höhe dieses Jahre Tag über, eine mit 22 Stunden tägliche Entschädigung an die Arbeiter zu zahlen, in der die Abklärung der 24stündigen Beschäftigung und der 24stündigen Beschäftigung verlangt und nachgehende Verabre in Entschädigung erfüllt werden. 1. Am Ende und Sandwerke, pro Tag von 1,20 Mk. pro Tag, jährlich während um 10 Pf. pro Tag, und Beschäftigung von 1,50 Mk. nach 6 Jahren 2. in Möhlenfabrik und Motzblätter 3,50 - 1,50 Mk. 3. Müllabfuhrer 3,50 - 3,80 Mk. nach drei Jahren. Diese mit früherer Verabreung verlebte Monate, die doch offenbar nur ganz geringfügige Wünsche der Gasarbeiter erfüllt, scheint jedoch den leitenden Section der Gasanrath nicht recht angehen

gewesen zu sein. Gegen Ende April fühlte sich nämlich der Herr Weigeordnete Messinger veranlaßt, erst einmal Rührung mit den Arbeitern selbst zu nehmen. In einer Versammlung derselben auf der Anstalt mußten die Arbeiter ihre Forderung verteidigen. Hierbei geschah es denn, daß ein Vorarbeiter Thomas Lieder den Luetreiber machte, indem er und seine Getreuen gegen die Abschaffung der 24 stündigen Wechselfrist wetterten. Die Arbeiter wurden infolgedessen immer mürrischer und es begann ein richtiges Durcheinander, wobei die Vertreter der Petition ziemlich schweren Stand hatten. Hierdurch hervorgerufen mangelte den Anwesenden die volle Mitarbeit der Einzelnen, sodaß die Versammlung vertagt wurde. Die Zeit bis zur nächsten Betriebsversammlung, die natürlich im Beisein des Herrn Weigeordneten abgehalten werden sollte, wurde dann weidlich ausgenutzt und auf Verreiben gewisser Herren eine Gegen-Petition in Umlauf gesetzt, die bis zur nächsten Zeit 53 Unterschriften hatte, der jedoch ein anschließender Teil anderer Leute ihre Unterstützung verweigert hatten. Wie dergleichen Zustände zuzunehmen und unterzuziehen werden ist ja der Kollegenchaft bekannt, wir wollen hier auch nicht näher darauf eingehen, sondern nur erwähnen, daß dabei der Mörder, es sollen für den 2ter im Juni 20 Proz. Zuschlag getahlt werden, mit gezogen hat. In der nächsten Zusammenkunft erklärte daraufhin Herr Messinger rund und nett, daß infolge der gegen Eingabe die Zuteile entschieden sei und die Nichtunterzeichner derselben sich einfach zu fügen hätten, sollten diese aber noch weiter für ihre Ansichten agitieren, so wäre ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich. Ferner wurde den Anwesenden in ziemlich unbehüllter Form zu verstehen gegeben, daß für die Zugehörigkeit zum Verbands nur Nachteile im Arbeitsverhältnis mit sich bringen könne. Verschiedene Angimeier saßen die Neußerungen auch auf, wie sie eventuell verstanden sein sollten und meldeten sich schließlich beim Verband ab oder begabten nicht mehr.

Alle diese Auslassungen und Tatsachen, verbunden mit dem Auftreten bestimmter Vorgesetzter, brachten nun die Arbeiter zu der Überzeugung, daß diese Mäntel bloß

gegen ihre Organisation, gegen ihre Reaktionsrechte

gerichtet seien. Man nahm deshalb Veranlassung in einer allg. meinen Versammlung hiergegen zu protestieren. Am Sonntag, den 4. Juni, abends, hatten sich denn etwa 100 händliche Arbeiter in einer allgemeinen Versammlung versammelt, um dies zu tun. Nach einem hierauf beschlossenen Aufruf des Kollegen Albin Mohs, Berlin, und darauf folgender Diskussion wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung bedauert, daß seitens eines Teiles der händlichen Beamten über gegen die Organisation der händlichen Arbeiter rein, gegen ihre Mitglieder zu Felde gezogen wird und erbittet hierin eine Gegenmaßnahme ihres gesetzlich gewährten Reaktionsrechtes. Sie fordert die Erwartung aus, daß die Verwaltung der Stadt Elberfeld das Reaktionsrecht der händlichen Arbeiter nicht bloß in der Theorie, sondern auch in der Praxis respektiert und wahrht. Im übrigen hofft die heutige Versammlung, daß die Stadtwverwaltung den berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter entgegenkommt.“

So der Gang der Dinge, wie er sich nacheinander abspielt hat. Anschließend hieran wollen wir bemerken, daß wir nicht annehmen können, die Stadtwverwaltung sei grundsätzlich gegen das Reaktionsrecht der händlichen Arbeiter, wir zeigen vielmehr der Meinung zu, daß es hier nur um Hebergriffe einzelner überreizter Beamten handelt, die insofern von oberlicher Stelle korrigiert werden. Wir glauben auch nicht, daß die Verwaltung gegen die Abschaffung der 24 stündigen Wechselfrist ist, denn dies würde eine große Mithandigkeit auf sozialpolitischem Gebiete bedeuten und diese wird sich doch wohl die heutige Stadtwverwaltung nicht nachsagen lassen wollen. Sind doch in der großen Mehrzahl der deutschen Großstädte eben andere Zustände und gleichfalls die Anerkennung des Reaktionsrechtes zu finden. Aus dem Grunde darf man wohl erwarten, daß sich die Stadtwverwaltung hierin annert.

Neues von der „Waterkant“.

Hamburg Altona.

Das sind die Tage der Rosen. Sinaus aus der ruf- und Faltreue prägnant in groß und feinfühligem Amorspore, deren laternen und zierlichen Glanz auf die Organe des Körpers und Geistes man nur in deutlich verweist, wenn, wie in diesen Tagen, der Zustand des Einzelnen normale Dase anzeigt. Ja, ich möchte man haben! Und gibt es an Wege? Die Natur verläßt ihre Kinder nicht! Einladend wollen ihnen und Wolken und fernen den goldschwarzen Kerzen und dem geschnittenen Gemut Zerstörung und Zerschlag. Und wer wäre denn benutzbar nicht bedarf? Sind wir nicht alle Kinder einer Zeit? Dieser manchen Zeit, die kein Wohlhaben kennt, und im Gehen und Schaffen an die Vertung

fähigkeit eines jeden so gewaltige Anforderungen stellt? Aber: viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt!

Wie der Pfauenauge von einer Miltendolbe zur anderen, eisen in diesen Tagen hohe und höchste Herrschaften, sich an den unterschiedlichen Abenteuern des „irdischen Jammers“ zu erwidern. Das Dampfrot trägt sie in weicher Faltreue durch lichte und blumenreiche, das Auge entzückende Felder in die waldigen, von klaren Tümpeln umspülten ländlichen Höhen der schönsten Erdenplätze. Hier, wo die Natur mit ihren Gaben bei der Verausgabung gewissermaßen verschwenderisch verfuhr, laßt es sich leben. Doch die gereizten Nerven heißen Abwechslung. Weiter nichts. Frunk und Spiele gehören zum eisernen Bestand miter mit Glücksrittern reich gesegneten Rittmenschen, und jetzt ist die schönste Zeit des Sports. Randende Strosen rasen mit schwindelnder, die Phantasie bis an die Wahnhimmelsgrenze schreitender Zerschlagheit die Landstrassen längs; auf den Menschlägen werden Tiere mit Peitsche und jenen Eisen gepöngt und nicht selten zu Tode gehest; und andere abtunliche „brodlose“ Massenläufe folgen mehr. Aber es liegt Ziemem darin; und der Herz wird erreicht. Es gibt ja doch Wäder, die jeder, der zur „Gesellschaft“ zählt, an sich erproben muß. Hier sollen die Nerven wieder aus der Spannung gelöst werden. Und mit einer nachfolgenden großen Meise, am liebsten in die nordische See, denn das ist modern, schließt die Saison.

Der Arbeit ihr Lohn! Eine bescheidene Forderung, die aber wohl noch lange der Erfüllung harren kann. Und je schwerer die Arbeit, um so geringer ihre Bewertung, so viel ärgerlicher ihr Sold. Mühe und Erholung sind nicht ihr Erteil. In des Winters einiger Mühe und des Sommers Sonnenbrandige nimmt sie ihren Fortgang. Und gerade den Arbeitern und ihren Familien tut Erholung bitter not. Die bageren und eingedrückt Gestalten und besonders das elendige Aussehen vieler Frauen und Kinder, das bei jedem, dem Not nicht alles Gefühl für Menschlichkeit in seiner Brust erlödet hat, ein erweichendes Mitleid rührt, sind ein lebendig sprechender Beweis dafür. Aber wie für alle menschlichen Forderungen, so die Berufung für die soziale Verbesserung der Arbeiter erhebt, so gilt auch in bezug auf diese leider dieses Wort: Wenn Du aber gar nichts hast, laße Dich begraben; denn ein Recht zu leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

In Hamburg dokumentierte die Bürgerschaft, daß sie für sozialen Fortschritt kein großes Verändern hat. Sie lehnte in ihrer Sitzung am 15. Juni die Anträge auf Gewährung von Sommerurlaub für Beamte, Diätare und Arbeiter der hamburgischen Staatsregierungsvertriebe ab. Und dessen wurde beschlossen, den Senat zu ersuchen um Auskunft, wie der Urlaub jetzt geregelt sei.

Der Gang der Verhandlungen über die Urlaubsfrage rückte das Wesen unserer Bürgerschaft nach seiner intellektuellen und sozial-politischen Seite hin in ein recht zweifelhaftes Licht. Zunächst erhielt Dr. Troplowitz das Wort zur Begründung seines Antrages: „Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, den der Polizeibehörde unterstellten und im äußeren Dienst beschäftigten Beamten nach Ablauf der Probezeit alljährlich einen Urlaub zu gewähren.“ Die Begründung war sehr matt. Dr. Troplowitz ist möglicherweise in anderer Hinsicht tüchtig, aber reden kann er nicht. Nur langsam und mühsamer kamen die zerrissenen Zähne zu Gehör. Seine Ausführungen machten keinerlei Eindruck. Dazu trug allerdings auch bei, daß sie inhaltlich außerordentlich dürftig waren. Was er sagte, wozu jeder, der sich um das öffentliche Leben kümmert. Nach ihm sprach Emil Fischer in dem sozialdemokratischen Antrage: „Ingleich erfindet die Bürgerschaft den Senat, veranlassen zu wollen, daß für alle im hamburgischen Staatsdienst tätigen Beamten und diätarisch Angestellten, sowie für die in häuslichen Vertrieben beschäftigten Arbeiter ein einheitlich einheitlich geregelter Erholungsurlaub eingeführt wird. Ködter hatte kein lebhaftes Temperament übrig geblieben. Er sprach ruhig, dabei in gedrangter Weise, aber treffend. Er wies besonders darauf hin, daß die Erteilung des Urlaubs, dort wo es solcher gewährt wird, nicht in einheitlich geregelter Weise erfolgt; daß ganze Gruppen von Beamten davon überhaupt ausgeschlossen sind und daß die Diätare aus nur um Teil und die Staatsarbeiter überhaupt keinen Erholungsurlaub erhalten. Und gerade für diese sei ein solcher notwendig. Es solle man einmal nach anderen deutschen Städten blicken. Der Dänen hatten eine größere Zahl ihren Arbeitern einen Sommerurlaub eingeräumt. Zwar Nordost zählte dem dem Hamburg, die Weltbunders und Ostschmidt habe sich in sozial-politischer Hinsicht also von Nordost unterscheiden lassen. Herr Olsenard, der Referent für die Stadtwverwaltung tat recht bedauerlich von wegen des Urlaubs. Das konnte nicht gehen. Er verriet aber nicht, weshalb die Referenten für die Stadtwverwaltung ihren Vorschlag auf ihre Beamten im Gegensatz zum Sommerurlaub von Fischer vorzuziehen hätten noch keine Antwort erwidert hat, obwohl Ködter darauf hingewiesen hatte. Er sprach dann auch lediglich von Beamten; das Wort „Arbeiter“ kam nicht über seine Lippen. Dort trat Herr Ködter auf den Plan. Der dritte Satz seiner Rede

handelte von der „Begehrlichkeit“. Diese werde durch die Anträge bei den Beamten und Arbeitern hervorgerufen. (Zum besseren Verständnis der Situation wollen wir dem Leser gleich sagen, daß Herr Meibde von den 77 an dem Abend an der Sitzung teilnehmenden Herren ganz entschieden das größte Körpergewicht aufweist. Nach unserer Schätzung wiegt Herr Meibde allein mehr als 2-3 Staatsarbeiter. Danach möge man ermessen, wie „Begehrlich“ er in seinem bisherigen Leben war. D. W.) Auch dürfte er nicht durchgehen lassen, daß man sage, Hamburg marchiere in Frutto Sozialpolitik hinter Niddorf. (Der Herr weiß offenbar gar nicht, was man unter Sozialpolitik versteht. Denn sonst würde er sich sagen müssen: bei uns in der Bürgerstadt hat es noch niemals Sozialpolitik gegeben, und darum ist es sehr wahrscheinlich, daß die umliegenden Dörfer uns den Rang abgelaufen haben. D. W.) Herr Moske, ein Attraktionsgenosse Jüblers, legte ebenfalls eine Frage für die Anträge ein. An Herrn Dr. Wolfson fiel uns auf, daß er nur immer von den Beamten sprach, und der Arbeiter und Diätare gar nicht erwähnte. Im übrigen verüßerte er die Beamten sein warmes Herz. Doch sei die Urlaubfrage nicht spruchreif. — Für den Antrag Jüblers stimmten nur die Sozialdemokraten.

Das Leben in unserer Stadt war in letzter Zeit ein recht reges. In drei öffentlichen Versammlungen, die allerdings nur mäßig besucht waren, sprach der vollaube Voerich über Soziale Arbeiterpolitik in Stadt und Gemeinde. Doch hat diese Agitation insofern genützt, daß in den beiden letzten Wochen rund 100 neue Mitglieder gewonnen sind.

Die Kollegen des Zentral-Zahnarzt und Viehhofes und der Stadtmüllerei beschloßen in zwei öffentlichen Versammlungen eine Resolution, in welcher die Arbeiter ihre Abneigung darüber ausdrückten, daß ihnen auf ihre den Terminen im Oktober v. J. unterbreitete Petition, betr. Forderung der Lohnverhältnisse usw., noch nicht in allen Punkten eine Antwort geworden ist. Die Deputationen werden ferner aufgefordert, das Resultat der Prüfung der Eingabe den Arbeitern unverzüglich mitzuteilen.

Die Ledermannschaft der Staatslagerer: Kohlenzeu hat der Bau-Deputation Petition für Zirkel und Hafenbau durch unser Bezirkssekretariat eine Eingabe mitzuteilen lassen. In dieser wird erbeten um eine Erhöhung des Monatsgehalt für alle Chargen (Zirkelmeist., Heizer und Marzellen) von 5 Mk. und eine etwaumalige Alterszulage von je 5 Mk. nach dem dritten und sechsten Dienstjahre; um eine den gegenwärtigen Forderungsverhältnissen angemessene Erhöhung des Monatsgehalt und eine Verrückung des Wachtlohnes. Das jetzige Monatsgehalt beträgt für Zirkelmeist. 125 Mk., Heizer 125 Mk., Heizer 115 Mk. und Marzellen 95 Mk. Das Gehalt steigt nach jedesjähriger Dienstzeit um 5 Mk. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Außerdem hat die Besatzmannschaft, wenn das Lehrgeld im Zirkel liegt, des Nachts abwechselnd zwei Stunden am Deck zu stehen. Auch des Sonntags muß die halbe Mannschaft an Deck bleiben. Bei der Ausfuhrung von Arbeiten auf der Ober- und Unterseite wird von der Verwaltung ein Gehalt gezahlt, weil die Leute sich außerhalb des Hafens betätigen müssen. Die Höhe des Gehaltes ist schon in den 1870er Jahren festgesetzt worden und beträgt monatlich für Matrizen 9 Mk., Heizer und Zirkelmeist. 12 Mk. und für den Marinan 21 Mk. Es wird nun in der Eingabe verlangt, daß dieses Gehalt den gegenwärtigen Lebensunterbreiten entsprechend erhöht und gleichzeitig für alle Chargen in gleicher Höhe normiert wird. Diese letz. Forderung wird damit begründet, daß die Herrichtung der Matrizen für die ganze Besatzmannschaft gemeinsam erfolgt und alle gleichviel heizenen müssen; der Marinan soll ebenso viel zu zahlen, wie der Marinan. Der Wachtlohn soll demnach geregelt werden, daß ein Mann die Wache für die ganze Nacht verricht und dann am Tage ruht.

Die Zimmerer des Staatszimmerlades erhalten seit dem 6. d. M. auch den von der Jungeung zugehörenden Lohn von 70 Pf pro Stunde. Das ist wesentlich erhöht worden durch das Auftreten der Zimmererorganisation. Dadurch haben die Arbeiter einen großen Gewinn, welchen Einfluss eine harte Organisation auszuüben vermag. Eine größere Anzahl ist deshalb Mitglied unseres Verbandes geworden.

Unsanftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen in den Zirkelmeistern und Wachtlohnern. Auf hier haben wir eine Anzahl Mitglieder gewonnen. Hoffentlich werden ihrer bald mehr und — Entlohnung macht wahr!

Staatsarbeiter sind im Laufe des Frühjahres 110 Mann als Wachtlohnern in unsere Verbände betreten. Sie bilden eine besondere Section und sind in Vetteren dieselben die Kollegen Meibde, Schleich und Grösch bestimmt worden. Die Section ist am stärksten Wahlnahme der jeweiligen Berufsinteressen der Staatsarbeiter ins Leben gerufen. Die Kollegen verzeichnen sich davon auch eine größere Veranlassung auf die Altersrenten. Diese heran zuweilen wird notwendig, denn ihrer sind jetzt 77; Staatsarbeiter 2000 Mann. In unter den bereits Rentberechtigten eine nicht geringe, gewerkschaftlich gut gekulte und mehrere Anzahl Kollegen sind, so waren hier der Section eine gute Zukunft zu.

Dem Magistrat Altonas läßt das böse Gewissen keine Ruhe. Er hat bemerkt, daß die jüdischen Arbeiter sich rühren, hat in den Versammlungen hören müssen, daß alle Welt weiß, wie schlecht dieselben gehandelt sind und um die Arbeiter in der Zwangsgegend zu erhalten, werden Maßregelungen verfügt. Mehrere Straßenzweigen wurde getündelt, doch sind diese schon anderweitig wieder untergebracht. Am 16. v. M. wurde dem Kollegen M., der als Metzger beschäftigt wurde, getündelt. M. hat 6 Kinder und war bereits 18 Jahre im Dienst. Er war bei seinem Vergehen, dem Geometer, sehr beliebt. Dieser begab sich deshalb zum Senat, von diesem zum Senator; und dann zum Überbürgermeister Dr. Giese, um zu erfahren, warum man seinem Gesellen getündelt habe und um eventuell die Zurücknahme der Mündigung zu veranlassen, aber alles vergebens. Der Überbürgermeister erklärte, der Mann wird entlassen und dabei bleibt es; die Gründe dafür führen wir nicht an. M. wollte nun selbst den Herrn Überbürgermeister sprechen, traf diesen aber nicht an. Der Magistrat sagte aber: M., Sie können ja noch mal wiederkommen, doch müssen wir es nicht. Es ist hier ein Schreiben gegen Sie von der Verwaltung der Straßenzweigen eingelaufen und daraufhin ist Ihnen getündelt worden. Dadurch haben wir des Meibde's Lösung. M. hatte einem Straßenzweiger einige Handzettel, die die Einladung zu einer öffentlichen Versammlung enthielten, gegeben, natürlich außer der Dienstzeit. Der Straßenzweiger legte die gefährlichen Finger in der Pude auf den Tisch und dort stand sie der Inspektor. Dieser stellte nun ein Verhör mit „keinen Zeugen“ darüber an, wo denn eigentlich das Giftkraut herkomme und erfuhr, daß M. der Mitarbeiter war, der das Zeug einfuhrte. Was nun folgte, weiß der Leser. Doch was wird das seinen Schwaden tun, solche Schläge rühren uns nicht. Im Oben teil, die Gemeinderäte werden die Träger der Bewegung. Und diese muß in Altona hafter werden, denn der Magistrat und seine Helfer sind zu gute Agitatoren.

Man höre! Die Straßenzweiger erhalten pro Tag 3,00 Mk., die Hilfsarbeiter (Gehilfen) bekommen daselbe, müssen aber täglich zwei Stunden länger arbeiten als die übrige Mannschaft. Diese beiden Stunden erhalten sie bezahlt und das bildet ihre Anwartszulage. Unterhufstämme benehen recht. Dafür hat die Verwaltung mit einigen Gehilfen das Abkommen getroffen, daß diese ihre Verhältnisse um die Zeit des Nachts offen halten, wenn die Straßenzweiger wie Finken haben. So muß natürlich jeder etwas verdienen, denn sonst läßt der Herr; Akund, mach' die Tür von draußen zu! Alle Vorkommnisse um Lohnverhöhung der letzten Jahre sind vergeblich gewesen.

Bei dem Stadtbauamt sieht die Sache nicht besser. Die Arbeiter der Materialverwaltung haben im vorigen Jahre um Lohnverhöhung. Dies geschah auch und zwar in der Serie, daß den älteren Leuten Abzüge gemacht wurden und die Löhne der jüngeren dieselben blieben. Nun können Sie vergnügt sein, daß Ihnen nichts abgezogen ist, sagte der Verwaltung V., Sie haben jetzt Ihre Lohnzulage.

Die Gewerkschaften stellen ihren vorigen Gehalt Zulage erhalten, sie warten bis auf den heutigen Tag. Vorkommnissen findet man auf dem Gaswerk mehr; die Zulage ist schon mehrere Jahre faul.

So sieht es also in allen jüdischen Betrieben Altonas erbarungsunwürdig für die Arbeiter aus. Überbürgermeister Dr. Giese glaubt dadurch Abhilfe zu schaffen, daß er die Arbeiter, die diese Klagen bringen wollen, maßregelt.

Mainzer Brief.

(Die Gewerkschaft und Das Mainzer Journal. — Der Herr Ingenieurassistent)

In unserem Briefe (Spalte 131/133 dieser Zeitschrift) haben wir dem „Mainzer Journal“, dem heftigen Zentrumorgan, sehr wehe getan. Wir gaben in unserem Briefe einen Auszug der Verhandlung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. April l. Js., in welcher die Neueinteilung der Sonntagsarbeit der Straßenzweiger durch den Vorsitzenden des Reinigungsausschusses Herrn Paternmann, seitens des 103 Stadtverordneten Dietel und des ult. Stadtverordneten Dr. Zimmert einer berechtigten Kritik unterzogen wurde, währenddem der Stadtverordnete Verhardt, dessen Namen wir irrtümlicherweise ebenfalls das Signum „l. l.“ anfügten, Herrn Paternmann in Laug nahm. Dazu bemerkt das „Journal“ in seiner Nummer vom 3. Juni in einer „Die Gewerkschaft“ überschriebenen Notiz:

„Entweder kommt der Verfasser die Parteigehörigkeit des betreffenden Stadtverordneten und hat gelogen, um den Zentrumslenten eins anzuhängen, oder er kommt die Parteigehörigkeit nicht, so ist er nicht berechtigt, über städtische Verhältnisse zu schreiben.“

Warum denn gleich so hitzig? Inneren Zentrum gefehen viel gerit ein. Der Zentrumsturm wird doch nicht ins Stadium kommen, wenn einmal ein Nationalliberaler verheerlich als Ultraliberaler bezeichnet wird? Ist es wirklich angebracht, daß man sich gleich zu so lächerlichen Zuschulfergerungen verheißt? Uebrigens sind die „Journalmänner die letzten, die andere Leute der Tüze reiben dürfen. Das unterliegt keinem Zweifel. Das Recht über jüdische Arbeiterverhältnisse zu

berichten — über städtische Verhältnisse im allgemeinen zu schreiben. Überlassen wir beruflichen Leuten — lassen wir uns nicht nehmen, selbst dann nicht, wenn uns noch des öfteren kleine Zerstörer unterlaufen sollten, die richtig zu stellen wir selbst als unsere Pflicht erachten.

Des weiteren haben wir in dem besagten Brief dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß alle Meister, die nach der zu ungunsten der Arbeiter geregelten Sonntagsarbeit die Kirche besuchen, nicht verfehlen, auch ihren Herrn und Gebieter Vatermann in ihr Gebet einzuschließen möchten und zwar in der Form der letzten Worte des „Vater unser“, die bekanntlich lautet: „Erlöse uns von allem Uebel.“

Diese gewiß unbilligste Glosse brachte das „Journal“ in eine Verfertigerwelt. Nachdem es dieselbe als „geradezu infam und redt bezeichnend für die Gesinnung des Verfassers“ bezeichnet hat, bekommen wir noch folgendes Zeugnis ausgestellt: „Leute, die so weit auf der sozialen Ebene abwärts gerückt sind, daß sie sich nicht scheuen, das, was anderen heilig ist, in der Leichtigkeit in den Staub zu zerren und zu verböhnen, sind nicht geeignet, die Interessen des arbeitenden Standes wirksam zu vertreten.“

Gemacht, verachtetes Journal! Wir sind die Lezten, welche das, was andern heilig ist, in den Staub zerren. Das liegt uns fern. Wie tief es aber in einer Sprechsaalnotiz des „Mainzer Journal“ vom 7. November v. Js., in welcher dasselbe seinen Kerger darüber aufst machte, daß sich an dem Begräbnis des um diese Zeit verstorbenen Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten Haas, eines um die städtischen Arbeiter hochverdienten Mannes, eine so impotente Zahl städtischer Arbeiter beteiligten, ohne daß denselben für die hier für veräumdete Arbeitszeit ein Lohnabzug zuteil wurde? Da hieß es eingangs genannter Notiz:

„Starb da neulich ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter...“

Damals hat sich das „Journal“ nicht getraut, „auf der höchsten Ebene soweit abwärts zu rutschen“, um das Andenken an untern verstorbenen Aemter, das der großen Mehrheit des „arbeitenden Standes“ wie der Bevölkerung überhaupt „heilig“ ist, „in der Leichtigkeit in den Staub zu zerren.“ Eine derartige „das „Journal“ würde gewiß schreiben: „Infam und der Gesinnung des Verfassers redt bezeichnend.“ Jeder Pietät baren Schreibweise, ist unferes Erachtens viel mehr dazu angetan, die Gesühle Andersdenkender zu verletzen. Also, wer im Glashaufe sitzt, darf nicht mit Zeinen werfen.

Aus unserer Bewegung.

Berlin (Sektion I, Gasarbeiter). Sektionsversammlung am 2. Juni Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto Antrid über: „Mittelschicht“. 2. Diskussion. 3. Die Antwort des Magistrats auf die gestellten Forderungen. 4. Besprechung wegen Auszahlung der Urlaubsgelder. 5. Verschiedenes. Der Referent führte in ausführlicher Weise der Verammlung die heutige Gesellschaftsordnung vor Augen und gedachte der großen Verdienste von Marx und Engels als Kämpfer im Klassenkampf. Als Grundlage diente dem Vortragenden die marxistische Anschauung über den kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb und die Grundrente. Medner führte aus, daß wirtschaftliche Kämpfe nur durch freibewillige Bewegung gelöhren können; wiederum können wirtschaftliche Kämpfe nicht ohne politische Arbeit geführt werden und mußte der Arbeiter politisch wie auch gewerkschaftlich organisiert sein. Die Arbeiterpartei hat weit mehr zu kämpfen, sie hat zu kämpfen für die Befreiung der Arbeiter. Dem großen wirtschaftlichen Betrieb steht noch der Gemeindebetrieb gegenüber, es soll in letzterem keine Politik getrieben werden. Aber auch hier müßten bürgerliche Parteien und Privatunternehmer recht viel Froh herausziehen und in es Pflicht der Arbeiter, nur solche Vertreter in die Gemeindevertretung zu senden, die ihre Interessen vertreten. Der Referent schilderte noch eingehend die Presse. Der Arbeiter möge fleißig Arbeiterzeitungen lesen. Medner forderte die Anwesenden nochmals auf, dafür zu sorgen, daß sich alle Arbeiter organisieren, denn so werden auch sie ihr Ziel erreichen. Weiter Beschluß lobte dem Medner für seinen 11. stündigen Vortrag. Sodann wurde das Antwortschreiben des Magistrats von der Auszahlung vorgeliesen. Nach einigen Erläuterungen hierüber wurde der Antrid beauftragt, die Angelegenheit mit der Direktion zu regeln. Daran wurden mehrere Angelegenheiten der Gasanstalt verhandelt und dann die Versammlung geschlossen.

Berlin (Sektion I, Gasarbeiter, Langenstraße). Sektionsversammlung am 11. Juni. Bei der umfangreichen Vertretung der hiesigen Verbandsternia wurde das Auscheiden der Sektion VI (Kontrollanten) aus dem Verbande auf das Uebelste verurteilt. In der Tat, da es sich gerade um alle langjährig organisatorisch gekannte Kollegen handelte, ein Teil der von Insolidarität, wie er mehrerer in der Bewegung der Industrie, in anderen noch nicht vorzukommen sei. Den Vortragenden wurde empfohlen, die Leistungen auf die Regeln aufmerksam zu machen, wenn sie zu lange mit ihren Leistungen leisteten und ihre Leistungen auch wahrnehmen. Somit kam eine Resolution gegen den Betriebsdirektoren Herrn Götters zur Sprache, der mehrere beim Verrechnen hochbühnte Kollegen „Jante Melome“ titulerte. Wenn Arbeiter einmal eine

leichte Arbeit haben zugewiesen bekommen, so brauchen sie deswegen noch nicht faul zu sein, am allerwenigsten hatten wohl die Arbeiter auf den Gasanstalten Gelegenheit zum Faulenzen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Vorgesetzten sich so allmählich daran gewöhnen möchten, auch im Arbeiter ihren Nebenmenschen zu erkennen. Dann wurde beschlossen, das diesjährige Sommerfest am 21. Juli abzuhalten. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf den Kampf im Badergewerbe aufmerksam und ersuchte die Kollegen, die Badergesellschaften in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Berlin (Sektion IV). Protokollversammlung der Kollegen der Englischen Gasanstalten Berlin und Umgebung am Montag, den 6. v. M., im „Meißelhof“. Die Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit den Zuständen im Gaswerk Obersee. Das Gaswerk Obersee, bekanntlich eine Tochtergesellschaft der F. C. G. A. in Berlin, versorgt die Vororte Ober Zehnweide, Friedrichsfelde, Marienhorst, Adlershof usw. mit Gas.

Die Arbeiter des Gaswerkes Obersee hatten sich seit circa einem Jahre dem Verbande der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter angeschlossen. Die Organisation, welche in den übrigen Betrieben der Englischen Gasanstalten anerkannt und auch eine Reihe von Vorteilen für die Arbeiter erzielt hat, scheint nun dem Dirigenten des Gaswerkes Obersee, dem Herrn Inspektor Prinz, ein Dorn im Auge zu sein. Der Referent, Kollege Tittner, war in der Lage, so zahlreiches Material über Missstände in diesem Betriebe aus Tageslicht zu fördern, daß die Arbeiterfreundlichkeit dieses Herrn in einem besonderen Maße erlitten. Aus der langen Reihe sei nur angeführt, daß Kollegen, die nur irgendwelche Tätigkeit für die Organisation entfalteten, bald so schnell wurden, daß ihnen nichts weiter übrig blieb, als sich andernorts Arbeit zu finden. Entlassungen wegen der geringsten Meinungsäußerungen sind an der Tagesordnung. Hand in Hand damit geht eine Arbeitsüberlastung, besonders der Betriebsarbeiter, wie sie nicht idümmer sein kann. Hierzu kommt noch, daß die Löhne trotz der erhöhten Leistungen der Betriebsarbeiter bedeutend niedriger sind als in Berlin. Bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit dieses Herrn ist, daß eine seiner ersten Verfügungen die war, den Lohn der Arbeiter, der damals 2,50 M. pro Tag betrug, auf 2 M. herabzusetzen. Einem Kollegen, dem wegen einer kleinen Nachlässigkeit ein voller Tagelohn abgezogen wurde, erklärte er einfach: „Wenn die Direktion Ihnen gleich den Tag bewilligt, ich bezahle ihn doch nicht.“ Laut Verfügung der Direktion wird bei mehrwöchigen Absenzen der halbe Wochenlohn weitergezahlt. Herr Prinz entsag dem Kollegen Teilzig diese Unternehmung, während andere dieselbe bezogen. Allerdings geht er sich rechtliche Mühe, neu eintretende Arbeiter der Organisation fernzuhalten. Während nun auf der einen Seite die Anbahnung der Arbeitskraft die ärgste ist, lassen andererseits die menschlichen Einrichtungen alles zu wünschen übrig. Pade und Dreieräume sind völlig unzureichend und befinden sich in einem Zustande, der jeder Beschreibung ferne ist.

Folgende Resolutionen fand einstimmige Annahme:
Die heute am 6. Juni 1904 im „Meißelhof“, Alexanderstraße 110 zahlreich versammelten Arbeiter der F. C. G. A. protestieren ganz energisch gegen das inhumane Vorgehen des Herrn Prinz.

Sie sind der Meinung, daß die Arbeiter in Ober Zehnweide zur Zeit überausmüdet werden und daß es nicht im Interesse der Direktion liegen kann, wenn einzelne innere Vorgesetzte in einer Weise selbstüberheblich vorgehen gegen die Arbeiter, wie das in letzter Zeit in Ober Zehnweide geschieht.

Die Englischen Gasarbeiter sämtlicher Betriebe sprechen den Kollegen von Ober Zehnweide ihre vollste Sympathie aus und erwarten von der Direktion eine baldige Befreiung der diversen Missstände.

Sie appellieren an die Gemeindevertretungen der betreffenden Orte, welche Gas von den Englischen Gasanstalten beziehen und erwarten, daß auch sie ihrer Einfluss geltend machen, damit den Arbeitern, die auch das Bürger und Zehner abler sind, Gerechtigkeit widerfahren und man ihren berechtigten Wünschen mehr als bisher entgegenkommt.

Die Versammlung erwidert das Entschuldig, diese Resolution an die Direktion des Gaswerkes Obersee, ferner an Herrn Prinz, sowie an die Gemeindevorstände der betreffenden Orte zu senden.

Unter anderem wurde auch das Zusammen mitzulegen, welches mit Verfall im Stande von Unterbeamten schiedet, die in keiner Weise die neuen Regeln mit Lehren, um gerecht zu urteilen. Die Entlassung des Kollegen Götters nach ein Jahr im Amt und auf diese Weise. Mit Zustimmung nahm die Versammlung von einem Antrid des Herrn Götters die Entlassung an. Der Herr Götters ist ein Arbeiter, der sich nur um die Interessen der Arbeiter kümmern will, nicht um die Interessen der Direktion. Er ist ein Arbeiter, der sich nur um die Interessen der Arbeiter kümmern will, nicht um die Interessen der Direktion. Er ist ein Arbeiter, der sich nur um die Interessen der Arbeiter kümmern will, nicht um die Interessen der Direktion.

Wie mit Verfall im Amt, so ist auch die Entlassung des Herrn Götters in Verbindung zu bringen, da er immer sehr für ein „Kraut“ ist.

Der Betrieb Zehnweide. Eine zahlreich besetzte Versammlung der Kollegen des Gaswerkes Zehnweide beschäftigte sich nach einem mit Verfall aufgenommenen Referate des Genossen Feitze mit der

Behandlung der Arbeiter seitens einiger unterer Vorgesetzter. Als besonders liebenswürdiger Herr entpuppte sich der Vorarbeiter Matiaschel. Redensarten wie „Läse“, „faules Schwein, wenn es Ihnen nicht paßt, nehmen Sie Puck und Marte“, sind bei ihm gang und gäbe, allerdings ändert sich diese Form, sobald ein Arbeiter die Vorsicht gebraucht, den Herren durch ein gewisses Quantum Schnaps zu überzeugen, daß er in jeder Beziehung ein tüchtiger Arbeiter ist. In der Arbeitsordnung steht nun zwar geschrieben, daß das Mitbringen von Schnaps in den Betrieb verboten ist. Wir nehmen nun an, daß Herr M. wahrscheinlich diese Arbeitsordnung nicht übertreten will und sich daher den Schnaps von Arbeitern schenken lassen, mitbringen läßt. Möglich ist es auch, daß Herr M. die Arbeiter zu großen Schnapsgenüß bewahren und ihnen darum aus christlicher Nächstenliebe bei der Vergütung des Gutes behilflich sein will. Wenn nun diese schnapsliefernden Auskollegen tatsächlich noch eine angenehmere Arbeit bekommen, so zeigt es sich auch hier, daß Tönnis Alkohol sich in einem siegreichen Kampfe mit den Grundtönen eines Vorarbeiters befindet. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher besonders das Verhalten der schnapsliefernden Kollegen beurteilt wurde, gelangte ein Antrag zur Annahme, der den Arbeiterauswisch beauftragt, in dieser Sache bei der Direktion vorläufig zu werden. Nachdem stollige Heine noch auf die Gründe hingewiesen, welche eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Berlin (Sektion V, Straßeneiniger). Große öffentliche Versammlung am 13. Juni 1904, nachmittags 3 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Pannsch über: „Nationalökonomie und die Arbeiterorganisationen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Referent erörterte in seinem 1 1/2 stündigen, recht reichhaltig aufgenommenen Vortrage das Arbeitsverhältnis, die Lohn erhöhungen, Arbeiters ausweise usw. der städtischen Arbeiter, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Straßeneiniger, deren Deputation er als Stadtverordneter zugezogen ist. Im Anschluß daran besprach Referent das kommunale Programm der Sozialdemokratie. Referent betonte alsdenn ausdrücklich, daß das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung von Herrn Oberbürgermeister nicht den städtischen Arbeitern gewährleistet sei und erwähnte sämtliche Anwesenende, soweit dieselben noch nicht dem Verbands angehören, von dem Koalitionsrechte Gebrauch zu machen, da nur durch ein tatkräftiges Zusammenhalten der städtischen Arbeiter Verbesserung geschaffen werden kann. Nach einer lebhaften Diskussion und Erledigung einiger die Öffentlichkeit weniger interessierenden Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Tausch an den Referenten die gutbesuchte Versammlung.

Berlin XV (Gärtner und Parkarbeiter). Aus den Juni und Juli versammlungen ist zu berichten, daß die Forderungen und Wünsche, wie sie in den Resolutionen vom 8. Februar und 25. April d. J. festgelegt worden sind, nochmals lebhaft besprochen wurden. Der Arbeiters ausweis berichtete, daß er im Sinne dieser Resolutionen bei der Direktion vorläufig geworden sei. Auf Antrag habe eine Sitzung des Arbeiters ausweises mit der Verwaltung stattgefunden, in der folgende Punkte verhandelt worden seien: 1) Ausweis über das Resultat unserer letzten Auswählung. 2) Unsere Lohnfrage. 3) Unsere Arbeitszeitfrage. 1) Einheitliche Regelung aller Lohn und Arbeitsangelegenheiten in allen Revieren. 2) Das Verhältnis des ortsbewohnenden Tagelöhners zu den Anwesenenden und Anfrage über Festlegung des Mindestlohns in der Straßeneiniger.

Am greichen und ganzen habe der Verlauf der Verhandlungen einen besseren Eindruck auf die Arbeitervertreter gemacht. Der Herr Direktor habe ein gewisses Entgegenkommen gezeigt und versprochen, nach Möglichkeit für die Wünsche der Arbeiter einzutreten zu wollen. Die einzelnen Punkte seien durchberaten worden und unter anderen die Ausweise gegeben, daß der Herr Direktor, wie schon erwähnt, den Wünschen der Arbeiter sympathisch gegenüberstehe. In der Direktion liege die Verzögerung der Sache nicht, denn das Material sei der Deputation zur weiteren Beratung und Beschlußfassung überwiesen. Allerdings habe die Sache dort schon mehrfach auf der Tagesordnung gestanden, aber man sei noch nicht zur Beratung gekommen, da andere Sachen vorläufig und zum Teil wichtige Natur seien von Deputationsmitgliedern die Arbeiten der Deputation ausfallen lassen. Auch was die einheitliche Regelung aller Lohn und Arbeitsangelegenheiten betrifft, so sei hierin ebenfalls Vorsehung zu erwarten. Der Arbeiters ausweis habe beantragt, in allen Revieren bezüglich dieser Dinge einheitliche Resolutionen zu lösen, damit der allein Sünden die Löhne nicht so willkürlich festgesetzt werden, wie das vielfach beklagt worden sei. Auch in letzter Zeit und Vorwärten laut geworden, daß Arbeiter, die schon 10-15 Jahre im Dienst stehen, von jüngeren Kollegen im gleichen Dienstverhältnis überholt sind. Das nicht eine einzige Forderung haben manche Arbeiterkameraden während so langer Diensten zu verzeichnen. Der Herr Direktor habe geantwortet: Was ist da zu machen? Die Herren Obergärtner wollen halt auch ihre Rechte haben. Die Kollegen finden das aber fonderbar. Die Sache der Löhne fortzuführen dürfte die Sache unserer Organe sein. Das müße nach allgemeinen Regeln und Grundlagen geschehen. Es sei besten nach Anweisung der Arbeiter, noch besser in Gemeinschaft mit Arbeitern im Ausschussfrage mit den obersten Verwaltungsorganen der Stadt abgeschlossen werden. Hauptsächlich

werde diese einheitliche Regelung auch noch kommen. Es liege nunmehr an der Deputation, weitere Entscheidungen zu treffen. Kollege Dittmer referierte über die Notwendigkeit eines Ortsbeitrags. In der sehr schwach besuchten Juli versammlung wurde berichtet, daß die Deputation sich noch nicht mit unserer Sache befaßt habe. Wahrscheinlich haben die Herren noch keine Zeit dazu gefunden. Einige Kollegen äußerten ihren großen Mißmut darüber, wozu sie gewiß allen Anlaß haben, wenn man bedenkt, daß sie schon viele, viele Jahre für einen Lohn von 2,50 Mk. pro Tag arbeiten. Der Vorsitzende und Kollege Bürger mahnten zur Geduld, unsere Sache lasse sich nun nicht übers Amie brechen und in Arbeiterfragen überwiegen sich bekanntlich die Körperlichkeiten nicht. Vorläufig müsse man abwarten, bis die Deputation gesprochen habe. Des weiteren wurden weitere Schritte beraten und der Sektionsleitung zur Beachtung empfohlen, um die Angelegenheit der Parkarbeiter zu fördern. Nach Erledigung einiger Interna und Wahl des Kollegen Nummer zum Schriftführer schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß sich die Kollegen den Versammlungstag, den 8. und 9. Sonntagabend im Monat, besser einfinden möchten. Die Mitglieder müßten sogar ohne jedesmalige besondere Einladung zur Versammlung erscheinen.

Berlin (Sektion XVI). Sektionsversammlung am 15. Mai 1904. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Schaubert über: „Die politische und wirtschaftliche Lage unserer Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über die Auswählung vom 3. Mai 1904. 4. Verschiedenes und Anträge. Nach Beilegung der Präsenzliste und des Protokolls erhielt Kollege Schaubert das Wort zu seinem Vortrage, dem großer Beifall folgte. In der Diskussion meldete sich Kollege Weinhold zu der Anfrage: „Wie verhält sich die städtische Bevölkerung zu unserer wirtschaftlichen Lage?“ Kollege Schaubert läre die Kollegen in dieser Angelegenheit auf und mit Interesse verfolgte die Kollegen auch diesen Ausführungen, Kollege Dreiss (Auswählungsmitglied) verlas nun die Tagesordnung zur Auswählung, Kollege Zwickart erläuterte über die Sitzung eingehend Bericht. Danach ist es sehr bewegt zugegangen. Mit den Ausführungen erklärten sich die Kollegen einverstanden und wird der Bescheid seitens der Direktion den Auswählungsmitgliedern nach Beratung zugefandt. Anlässlich der Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. pro Woche und Möglichkeit wird folgende Resolution angenommen:

„Die Sektion XVI spricht den Kollegen, die wegen der Erhöhung des Beitrages der Filiale Groß Berlin dem Verbands den Rücken zu kehren beabsichtigen, ihr größtes Bedauern aus und erhoffen in Anbetracht der ermittelten Zeit, in welcher sich die Arbeiters ausweise befindet, daß die Kollegen sich zu diesem für sie tiefbedauerlichen Schritt nicht verleiten lassen.“

Nach Erledigung einiger Interna schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen der Filiale XVI.

Berlin (Sektion XVII, Personal Herzberge und Zehlertarten). Sektionsversammlung am 15. Juni. Herr Dr. Paul Bernste in hielt einen kurzen, aber sehr lehrreichen und leichtverständlichen Vortrag über das Thema: „Die Tuberkulose“. Die Anwesenden hörten dem Vortragenden mit großem Interesse an und zeigten ihm reichen Beifall. In der Diskussion sprachen zwei Kollegen. An Stelle des Hrn. Ida Hönemann, welche ihren Dienst verlassen und ihr Amt als Schriftführerin, das sie vorzüglich und zu jeder Zeit opferfreudig verwaltet hat, niederlegte, wurde nach einer warmen Dankauslegung Kollege (Fleiger) gewählt. Ferner wurde vom Vorsitzenden ein Antrag eingebracht, der dahin ging, daß nicht mehr allmonatlich, sondern jeden zweiten Monat unsere Versammlung stattfinden soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und dürfte vielleicht dazu beitragen, daß für die Zukunft unsere Versammlungen besser besucht werden, als es in der letzten Zeit der Fall war. Es wurde allen Kollegen und Kolleginnen ans Herz gelegt, daß sie mit ihrem Verbandsbeitrage nicht länger als 13 Wochen im Rückstande bleiben, weil sonst im Todesfall keine Unterstützung gewährt wird. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende mit guten Worten die Kollegenschaft an, auf unsere dienstlichen Verhältnisse nicht immer im Verleide zu schimpfen. Es müsse das Bestreben eines jeden Kollegen sein, sich unserer Organisation anzuschließen, sowie immer recht zahlreich unsere Versammlungen zu besuchen und somit gemeinsam an der Verbesserung unserer doch gewiß noch recht traurigen Lage mitzuarbeiten. Am 16. Juli findet das Zerstreuungsfest statt. Alle Kollegen und Kolleginnen wollen daran denken. Die nächsten Versammlungen werden durch Handzettel bekannt gegeben.

Berlin Lichtenberg. Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter der Gemeinde Lichtenberg befaßte sich mit den allgemeinen Verhältnissen dieser Arbeiterschaft. Kollege Bürger sprach über die Lage der Gemeindefabrikanten Lichtenbergs gegenüber anderen Gemeindefabrikanten und führte dann nach einer Abhandlung unserer Verbandsgeschichte und den Erzeugnissen in den verschiedenen Zentren u. a. aus:

Die Lebensbedingungen der Lichtenberger Kollegen unterscheiden sich von denen der Berliner Kollegen so gut wie gar nicht. Sie hätten mit denselben Großstadtdreien zu rechnen, und nur höchstens die Zentren seien höher wie in Berlin. Die Löhne seien wie folgt normiert: Die Gasarbeiter (Hausbauarbeiter) erhalten täglich 1,50 Mk.; Gasarbeiter 3,50 Mk., ebenso die Zirkelarbeiter und deren Helfer (Kohleleger) 3,50 Mk. Die Helfer hatten Erhöhung des Lohnes auf 4 Mk. beantragt, aber das sei abgelehnt worden. Die

Löhne auf der Kläranlage seien verschieden und betragen 3,25, 3,50 und 3,75 Mf. Beste Grundzüge und Normen für die Zulagen seien den Arbeitern nicht bekannt. Augenblicklich erfolgen diese Lohnfestsetzungen für den einzelnen sehr willkürlich. Bemerkenswert sei, daß den Lohnsätzen Stundenlohnsätze zugrunde liegen, dadurch verzerrt sich das Lohnverhältnis im Winter nicht unwesentlich während die Ausgaben steigen. Die Friedhofarbeiter erzielen ebenfalls nur 2,50-3,25 Mf. Auch hier beständen keine festen Normen bezüglich der Zulagen. Die Arbeitszeit betrage bis 72 bzw. 84 Stunden pro Woche.

Diese Verhältnisse ließen es denn als sehr erklärlich erscheinen, wenn die Lidtenberger Gemeindef. Arbeiter seit einiger Zeit die verschiedenen Besuche unternommen hätten um in dem einen oder anderen Punkte ihre Lage zu verbessern. Zunächst seien sie im Frühjahr 1904 um eine Feuerzulage gekommen, aber damit abgewiesen worden. Im Juni 1904 sei petitioniert worden, um die nach Maßgabe des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu lässige Zahlung der Differenz zwischen Arantfengeld und Lohn zu erlangen. Das sei auch abgelehnt worden. Im November sei die Abschaffung der 2 Stunden Straßendienst gefordert worden. Auch bezüglich Auf eine Eingabe um Bewilligung von Nebenverdiensten sei bislang ebenfalls keine Antwort erfolgt; allerdings verlange, daß die Gemeindeverwaltung deren Einrichtung plane. Jedenfalls verlöhne es sich der Mühe, den Gewerkschaftern zu antworten und mit ihnen über einer Vertretung von ihnen über die Organisation der Arbeiter Ausschüsse zu verhandeln. Das gebiete eigentlich schon die Bedeutung dieser Mängel.

Eine Eingabe um Gewährung des Sommerlaubs sei gleichfalls abgelehnt worden. Bei solch geringem Gutsgekommen sei der Lohn nicht unbedeutend, daß man es in Verbindung mit einer sehr reichhaltigen Gemeindef. Verwaltung zu tun habe. Es werde sich daher empfehlen, den einzelnen Mitgliedern der Kollegen nochmals wieder näher zu treten. Insbesondere müßten in den nächsten Sektionsversammlungen die Spezialfragen nach einander je nach ihrer Wichtigkeit nochmals eingehend besprochen und daraus sich ergebende Beschlüsse der Lidtenberger Gemeindef. Verwaltung von neuem weiterbreitet werden. Erfolg könne aber nur durch Einigkeit und gute Organisation erzielt werden, weshalb hierauf besonders Gewicht gelegt werden müsse. Im übrigen sei es notwendig, den Angelegenheiten der Gemeinde volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und das Wahlrecht wahrzunehmen. In der Diskussion führten einige Kollegen lebhaft Klage über die Unzulänglichkeit der Löhne. An der Hand der täglich durch mehrere Wochen hindurch notierten Einnahmen und Ausgaben wurde nachgewiesen, daß die gegenwärtigen Löhne nicht ausreichen. Auch die Behandlung bei der Arbeit lasse viel zu wünschen übrig und besonders die Nichtbeachtung der Arbeiter als Geschäftlicher erbitere die Gewitter. Die Gemeindef. Arbeiter seien auch Steuerzahler und vollberechtigte Gemeindef. Mitglieder und aus diesem Grunde könne man eine größere Beachtung wohl verlangen. Ein Internierwärter meldete seine Kollage. Der Lohn betrage den ganzen Monat 60 Mf. Nur Nebenverdienste bleibe gar nicht so sehr viel übrig. Die letzte Lohnzulage habe 83% Mf. pro Monat betragen. Das spreche für sich selbst.

Kollege Marquardt aus Mirdorf verbreitet sich über die Mirdorfer Verhältnisse und findet die Lidtenberger Verhältnisse hieran gemessen, sehr kümmerlich. Zum Schluß fand folgende Resolution Annahme:

Die heute am 12. Juni tagende öffentliche Versammlung der Gemeindef. Arbeiter Lidtenbergs erkennt an, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Gemeindef. Arbeiter unzulänglich sind. Die Versammlung bedauert, daß die Eingaben der Arbeiter zurückgewiesen bzw. gar nicht beantwortet wurden, und erklärt daher durch die Organisation der Lohnfrage, der Arbeitszeitfrage, der Abschaffung der 2 Stunden Straßendienst, dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und dem Sommerlaub näher zu treten. Insbesondere erklären die Versammelten für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen eintreten zu wollen. Sie ersuchen die Leitung der Sektionsleitung Lidtenberg in diesem Sinne zu wirken und in nächster Zeit das Erforderliche hierin in die Wege zu leiten.

Alle Versammelten sind überzeugt, daß die in Rede stehenden Verbesserungen für die Gemeinde Lidtenberg keine großen Schwierigkeiten verursachen und mit Hilfe der Organisation wohl durchführbar sind und versprechen deshalb für deren Anbreitung zu wirken.

Berlin-Schmargendorf. Sektionsversammlung am 16. Juni im Parkrestaurant zu Schmöderd. Der Arbeiterauschuss gab Bericht über das Resultat seiner Verhandlung. Es sollen für Arbeiter im Alter maßbedürftige Koppen probeweise angeschafft werden. Auch sind 10 Minuten Vesperpause, aber nur im Winter, bewilligt worden. Dagegen den Vorarbeiten bei Nacht und Sonntags für 100% abfahren 5 Mf. pro Stunde mehr zu gewahren, und die Feuerung für den halben Preis zu verabfolgen, wurden abgelehnt. Diefem Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte an, in welcher auch ein Sommerurlaub besprochen wurde. Es sind anstatt einer Woche 5, 5 1/2, 6 und 7 Tage Urlaub gewährt worden. Man wird dieser Frage später nochmal näher treten. Ferner erstattete der Vorsitzende Bericht aus der erweiterten Vorstandssitzung, dem schloß sich der Massenbericht des Kollegen Meier an, der sich auf unsere Unterstützungsliste für das Jahr (15. Januar bis 16. Juni 1904) erstreckte. Die Sektions-

liste hatte inklusive eines Bestandes von 252 Mf. eine Einnahme von 403,81 Mf., eine Ausgabe von 111,50 Mf. für Unterstützungen an trank Kollegen und Sterbegeld für Frauen und Kinder, bleibt ein Bestand von 292,31 Mf., darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann wurde die Beitragserhöhung besprochen. Es sollen von 1. Juli ab die Wochenbeiträge um 5 Pf. erhöht werden, damit unsere Unterstützungen beibehalten bleiben. Es sprachen die Kollegen Härtel, Unglaube, Urban, Mayphengst und Klappschütz für die Erhöhung der Beiträge und wurde einstimmig beschlossen, diese von 25 auf 30 Pf. zu erhöhen. Darauf berichtet Kollege Unglaube von der stattgefundenen Herrenpartie. Diese sei gut verlaufen, es haben sich alle gut amüsiert und empfiehlt die Ausschließung für Arbeiterwohlfahrtseinrichtung nochmals zu betonen, da diese für den Arbeiter von großem Interesse sei. Dann wurde beschlossen, einen Sommernachtsball zu veranstalten, und nach Wahl einer Kommission erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin Tegel. Sektionsversammlungen am 20. April und 8. Juni 1904. In der ersten nahm die Sektion Stellung zu den inneren Organisationsfragen der Filiale Groß-Berlin (Beitragserhöhung usw.) und stimmte den Vorschlägen der erweiterten Verwaltung zu. Bei dieser Gelegenheit wurde von einigen Kollegen bestritten, die Verbandsbeiträge nach dem Verdienste der einzelnen Kategorien zu stellen. Auf diese Weise würde man allen Verhältnissen gerecht werden. Es soll später zum nächsten Verbandstage die Sache wieder angeregt werden, da eine Diskussion hierüber zurzeit nutzlos sei. — In der zweiten Versammlung wurde die Frage aufgeworfen: „Haben wir Forderungen zu stellen?“ Es wurden verschiedene alte Forderungen erwähnt, die aber noch nicht wieder gestellt werden konnten, da sich die Verhältnisse noch nicht geändert hätten, welche in der letzten Verhandlung für die Abschaffung maßgebend waren. Unter anderem wurden die Wochenlöhne besprochen und für Winter und Sommer gleiche Arbeitszeit bestritten. Ebenso müßte ein einheitlicher Anfangslohn bestehen. Eine andere Frage: „Warum haben die Kollegen kein Interesse am Verband?“ wurde vom Kollegen Wolf beantwortet. Die Gleichgültigen wären der Meinung, der Verband sei eigentlich nicht mehr nötig, denn jetzt haben wir ja unseren Lohn, und wenn wir mal wieder mehr haben wollen, dann gründen wir einen neuen Verein. Auch liegt es vielfach daran, daß die Arbeiterzeitungen so wenig gelesen werden. Es kommt sogar vor, daß Kollegen nicht einmal die „Gewerkschaft“ lesen, ja, wo soll denn da das Interesse herkommen? Wenn die Betroffenen sich das vor Augen führen, was der Verband schon seit Bestehen geleistet hat, müßten sie denn doch wohl zur Einsicht kommen. Man wurde noch dringend gewünscht, daß die Kollegialität besser gewahrt würde, was jetzt vielfach nicht geschieht. Zum Schluß legte der Vorsitzende den Kollegen noch dringend ans Herz, die Organisation etwas ernster zu nehmen und nicht, wie es manche gemacht haben, mit den Beiträgen einfach rüchständig bleiben, ohne irgend einen Grund anzugeben. Jeder Kollege müßte doch wohl den Mut haben zu sagen: „Ich trete aus dem oder dem Grunde aus!“ Er müßte aber selbstverständlich bis zu dieser Zeit wenigstens seine Beiträge bezahlen. Darauf Schluß der Versammlung.

Breslau. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter fand am Donnerstag im Volale „Zum hülsen Strand der Ober“ statt. Kollege Mehrlein referierte unter starkem Beifall über „Die Veredelung der beiden städtischen Betriebsanstalten“. An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials wies Mehrlein auf die zahlreich vorhandenen Mängel in den beiden Anlagen hin. Er hielt die Leistungen der Masse einander gegenüber, wobei Gegenstände zutage kamen, die allgemeine Verwunderung erregten. Der Vorschlag des Referenten, die in der letzten Versammlung beschlossene Petition an den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium um Veredelung beider Anlagen bis zum Herbst zu vertagen, fand Zustimmung. Allgemein wurde anerkannt, daß die gegenwärtige Zeit zur Abfindung der Petition der Jurien im Stadtparlament wegen recht ungeeignet sei. Auch schloß Kollege Mehrlein vor, die Vertreter der Arbeiter in den Klaffen vorher noch eingehender über den Inhalt der Petition zu informieren, damit dieselben in den Generalversammlungen der Masse dafür entsprechend eintreten können. Diesen Anregungen wurde einstimmig Folge gegeben. Nachdem sich noch eine lebhafte Debatte über die Verhältnisse im einzelnen entworfen hatte, an welcher Arbeiter aller städtischen Betriebe teilnahmen, hielt Kollege Mehrlein noch eine beifällig angenommene Antrache, den Verband der Gemeindef. Arbeiter und seine hiesigen Gegner betreffend, worauf mit einem dreifachen Hoch auf den Gemeindef. Arbeiter Verband Schluß der Versammlung erfolgte.

Unsere Filiale erstreckt sich auch weiter eines stetigen Fortschritts. Zwar sind von den Gaswerken mehrere unserer Kollegen — wie stets im Sommer durch die Einschränkung des Betriebes — vorübergehend entlassen und dadurch aus dem Verband ausgeschieden, aber wir werden diesen Mangel bald wieder durch neue Mitglieder wett machen. Auch am Wasserwerk haben wir Dank des Vorgehens von Herrn Direktor Tebusmann einen Stillstand zu verzeichnen. Aber es sind Anzeichen vorhanden, daß es auch dort bald besser wird. Auf die Dauer lassen sich auch die Arbeiter Breslaus nicht von dem zurückhalten, was sie als richtig erkannt haben. Vielleicht wird der von Herrn Tebusmann gegen die „Volkswacht“ angestrengte Prozeß dabei mitwirken. Wir

Behandlung der Arbeiter seitens einiger unterer Vorgesetzter. Als besonders liebenswürdig Herr entpuppte sich der Vorarbeiter Matiaschek. Redensarten wie „Schle“, „faules Schwein, wenn es Ihnen nicht paßt, nehmen Sie Puch und Mart“, sind bei ihm gang und gäbe, allerdings ändert sich diese Form, sobald ein Arbeiter die Voracht gebraucht, den Herren durch ein gewisses Quantum Schnaps zu überzeugen, daß er in jeder Beziehung ein tüchtiger Arbeiter ist. In der Arbeitsordnung steht nun zwar geschrieben, daß das Mitbringen von Schnaps in den Betrieb verboten ist. Wir nehmen nun an, daß Herr M. wahrscheinlich diese Arbeitsordnung nicht übertreten will und sich daher den Schnaps von Arbeitern schenken lassen, mitbringen läßt. Möglich ist es auch, daß Herr M. die Arbeiter zu großen Schnapsgenieß bewahren und ihnen darum aus christlicher Nächstenliebe bei der Fertigung des Gutes behilflich sein will. Wenn nun diese schnapsliefernden Auskollagen schließlich noch eine angenehmere Arbeit bekommen, so zeigt es sich auch hier, daß Tännon Alkohol sich in einem siegreichen Kampfe mit den Grundtönen eines Vorarbeiters befindet. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher besonders das Verhalten der Schnapsfeindlichen Kollegen verurteilt wurde, gelangte ein Antrag zur Annahme, der den Arbeiterauschuß beauftragt, in dieser Sache bei der Direktion vorstellig zu werden. Nachdem Kollege Heinz noch auf die Gründe hingewiesen, welche eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Berlin (Sektion V, Straßenreiner). Große öffentliche Versammlung am 13. Juni 1904, nachmittags 3 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Panatich über: „Nationalökonomie und die Arbeiterorganisationen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Referent erläuterte in seinem 1 1/2 stündigen, recht hehrlich aufgenommene Vortrage das Arbeitsverhältnis, die Lohnerböhmungen, Arbeiterauschüsse usw. der städtischen Arbeiter, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Straßenreiner, deren Deputation er als Stadtverordneter zugeteilt ist. Am Anschluß daran be sprach Referent das kommunale Programm der Sozialdemokratie. Referent betonte alsdann ausdrücklich, daß das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung von Herrn Oberbürgermeister Strickner den städtischen Arbeitern gewährleistet sei und ermahnte sämtliche Anwesende, soweit dieselben noch nicht dem Verbands angehören, von dem Koalitionsrechte Gebrauch zu machen, da nur durch ein tatkräftiges Zusammenhalten der städtischen Arbeiter Besserung geschaffen werden kann. Nach einer lebhaften Diskussion und Erledigung einiger die Öffentlichkeit weniger interessierenden Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Dank an den Referenten die gutbesuchte Versammlung.

Berlin XV (Gärtnere und Parkarbeiter). Aus den Juni- und Juli-versammlungen ist zu berichten, daß die Forderungen und Wünsche, wie sie in den Resolutionen vom 8. Februar und 25. April d. J. festgelegt werden sind, nochmals lebhaft besprochen wurden. Der Arbeiterauschuß berichtete, daß er im Sinne dieser Resolution bei der Direktion vorstellig geworden sei. Auf Antrag habe eine Sitzung des Arbeiterauschusses mit der Verwaltung stattgefunden, in der folgende Punkte verhandelt worden seien: 1) Auskunft über das Meistlohn unsere letzten Auszahlung. 2) Unsere Lohnfrage. 3) Unsere Arbeitsverträge. 4) Einheitsliche Regelung aller Lohn und Arbeitsangelegenheiten in allen Meistereien. 5) Das Verhältnis des ortsüblichen Tagelohnes zu den Straßentassenbeiträgen und Anfrage über Festung des Mindestlohns in der Straßentasse.

Im großen und ganzen habe der Verlauf der Verhandlungen einen besseren Eindruck auf die Arbeitervertreter gemacht. Der Herr Direktor habe ein gewisses Entgegenkommen gezeigt und versprochen, nach Möglichkeit für die Wünsche der Arbeiter einzutreten zu wollen. Die einzelnen Punkte seien durchberaten werden und unter anderen die Auskunft gegeben, daß der Herr Direktor, wie schon erwähnt, den Wünschen der Arbeiter sympathisch gegenüberstehe. An der Direktion liege die Verzögerung der Sache nicht, denn das Material sei der Deputation zur weiteren Beratung und Beschließung überliefert. Allerdings habe die Sache dort schon mehrfach auf der Tagesordnung gestanden, aber man sei noch nicht zur Beratung gekommen, da andere Sachen verhandelt und zum Teil wichtige Maßnahmen von Deputationsmitgliedern die Arbeiten der Deputation aufgeschoben seien. Auch was die einheitliche Regelung aller Lohn und Arbeitsangelegenheiten betrifft, so sei Herr Direktor's Besserung zu erwarten. Der Arbeiterauschuß habe beantragt, in allen Meistereien bezüglich dieser Dinge einheitlichen wollen zu lassen, damit der allen Sinnen die Folge nicht so miltärisch konzipiert werden, wie das vielfach beklagt werden ist. Nach in kurzer Zeit sind Verhandlungen laut geworden, daß Arbeiter, die über 10-15 Jahre im Dienst stehen, von jüngeren Kollegen im gleichen Dienstverhältnis überholt sind. Da nicht eine einzige Forderung haben manche Anstaltsarbeiter Stellen während so langer Dienstzeit zu verdienen. Der Herr Direktor habe geantwortet: Was ist da zu machen? Die Herren Obergärtnere wollen halt auch ihre Rechte haben. Die Kollegen finden das aber fahrlässig. Da habe der Lohn sehr schweren Punkte wie Zuteilung unterer Organe sein. Das müsse nach allgemeinen Regeln und Grundsätzen geschehen, die am besten nach Anhörung der Arbeiter, noch besser in Gemeinschaft mit Arbeitern im Kollektivvertrage mit den obersten Verwaltungsorganen der Stadt abgeschlossen werden. Hoffentlich

werde diese einheitliche Regelung auch noch kommen. Es liege nunmehr an der Deputation, weitere Entscheidungen zu treffen. Kollege Dittmer referierte über die Notwendigkeit eines Ortsbeitrags.

In der sehr schwach besuchten Juli-versammlung wurde berichtet, daß die Deputation sich noch nicht mit unserer Sache befaßt habe. Wahrscheinlich haben die Herren noch keine Zeit dazu gefunden. Einige Kollegen äußerten ihren großen Mißmut darüber, wozu sie gewiß allen Anlaß haben, wenn man bedenkt, daß sie schon viele, viele Jahre für einen Lohn von 2,50 Mk. pro Tag arbeiten. Der Vorsitzende und Kollege Bürger mahnten zur Geduld, unsere Sache lasse sich nun nicht übers Amie brechen und in Arbeiterfragen überwiegen sich bekanntlich die Körperlichkeiten nicht. Vorläufig müsse man abwarten, bis die Deputation gesprochen habe. Des weiteren wurden weitere Schritte beraten und der Zettionsleitung zur Beachtung empfohlen, um die Angelegenheit der Parkarbeiter zu fördern. Nach Erledigung einiger Interna und Wahl des Kollegen Nummer zum Schriftführer schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß sich die Kollegen den Versammlungstag, den 2. u. 3. Sonntag im Monat, besser einfinden möchten. Die Mitglieder mögen sogar ohne jedesmalige besondere Einladung zur Versammlung erscheinen.

Berlin (Sektion XVI). Zettionsversammlung am 15. Mai 1904. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Schaubert über: „Die politische und wirtschaftliche Lage unserer Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über die Auszahlung vom 3. Mai 1904. 4. Verschiedenes und Anträge. Nach Verkündung der Präsenzliste und des Protokolls erhielt Kollege Schaubert das Wort zu seinem Vortrage, dem großer Beifall folgte. In der Diskussion meldete sich Kollege Weinhold zu der Anfrage: „Wie verhält sich die städtische Bevölkerung zu unserer wirtschaftlichen Lage?“ Kollege Schaubert hätte die Kollegen in dieser Angelegenheit auf und mit Interesse verfolgen die Kollegen auch diesen Ausführungen. Kollege Drems (Auskunftsmitglied) verlas nun die Tagesordnung zur Auszahlung Kollege Zschwarth erläuterte über die Sitzung eingehend Bericht. Danach ist es sehr bewegt zugegangen. Mit den Ausführungen erklärten sich die Kollegen einverstanden und wird der Bescheid seitens der Direktion den Auskunftsmitgliedern nach Beratung zugesandt. Anlässlich der Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. pro Woche und Mitglied wird folgende Resolution angenommen:

„Die Sektion XVI spricht den Kollegen, die wegen der Erhöhung des Beitrages der städtischen Groß-Berlin dem Verbands den Rücken zu kehren beabsichtigen, ihr größtes Bedauern aus und erhoffen in Anbetracht der ermittelten Zeit, in welcher sich die Arbeiterschaft befindet, daß die Kollegen sich zu diesem für sie tiefbedauerlichen Schritt nicht verleiten lassen.“

Nach Erledigung einiger Interna schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das Gedächtnis der städtischen XVI.

Berlin (Sektion XVII). Personal Herzberge und Wahlgarten. Zettionsversammlung am 15. Juni. Herr Dr. Paul Bernke in hielt einen kurzen, aber sehr lehrreichen und leichtverständlichen Vortrag über das Thema: „Die Tuberkulose.“ Die Anwesenden hörten dem Vortragenden mit großem Interesse an und zollten ihm reiches Beifall. In der Diskussion sprachen zwei Kollegen. An Stelle des Hrn. Ida Honemann, welche ihren Dienst verlassen und ihr Amt als Schriftführerin, das sie vorzüglich und zu jederzeit opferfreudig verwaltet hat, niederlegte, wurde nach einer warmen Dankagung Kollege Gliese (Fleiger) gewählt. Ferner wurde vom Vorsitzenden ein Antrag eingebracht, der dahin ging, daß nicht mehr allmonatlich, sondern jeden zweiten Monat unsere Versammlung stattfinden soll. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und dürfte vielleicht dazu beitragen, daß für die Zukunft unsere Versammlungen besser besucht werden, als es in der letzten Zeit der Fall war. Es wurde allen Kollegen und Kolleginnen aus Herzgelegt, daß sie mit ihrem Verbandsbeitrage nicht länger als 13 Wochen im Rückstande bleiben, weil sonst im Todesfall keine Unterstützung gewährt wird. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende mit guten Worten die Kollegenschaft auf, auf unsere dienstlichen Verhältnisse nicht immer im Verleth zu schimpfen. Es müsse das Bestreben eines jeden Kollegen sein, sich unserer Organisation anzuschließen, sowie immer recht zahlreich unsere Versammlungen zu besuchen und somit gemeinsam an der Verbesserung unserer doch gewiß noch recht traurigen Lage mitzuarbeiten. Am 16. Juli findet das Zettionsfest statt. Alle Kollegen und Kolleginnen wollen daran denken. Die nächsten Versammlungen werden durch Handzettel bekannt gegeben.

Berlin Lichtenberg. Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter der Gemeinde Lichtenberg befaßte sich mit den allgemeinen Verhältnissen dieser Arbeiterschaft. Kollege Bürger sprach über die Lage der Gemeindefabrikanten gegenüber anderen Gemeindefabrikanten und suchte dazu nach einer Abmilderung unserer Verbandsorganisation und den Ermäßigungen in den verschiedenen Zinsen u. a. an.

Die Lebensbedingungen der Lichtenberger Kollegen unterschieden sich von denen der Berliner Kollegen so gut wie gar nicht. Die Löhne mit denselben Großfabrikanten zu rechnen, und nur Löhne von 10-12 Mark seien höher wie in Berlin. Die Löhne seien wie folgt normiert: Die Gasarbeiter (Reinigungsarbeiter) erhalten täglich 1,50 Mk.; Hofarbeiter 2,50 Mk.; ebenso die Zirkelarbeiter mit deren Helfer (Hofarbeiter) 3,50 Mk. Die Helfer hatten Erhöhung des Lohnes auf 4 Mk. beantragt, aber das sei abgelehnt worden. Die

Löhne auf der Märanlage seien verschieden und betragen 3,25, 3,50 und 3,75 Mk. Feste Grundätze und Normen für die Zulagen seien den Arbeitern nicht bekannt. Augenblicklich erfolgen diese Lohn-Einzuschüßungen für den einzelnen sehr willkürlich. Bemerkenswert sei, daß den Lohnfähigen Stundenlohnätze zugrunde liegen, dadurch ver- ringere sich das Lohnentkommen im Winter nicht unwesentlich während die Ausgaben steigen. Die Friedhofarbeiter erzielen ebenfalls nur 3,25 bis 3,25 Mk. Auch hier beständen keine festen Normen bezüglich der Zulagen. Die Arbeitszeit betrage bis 72 bzw. 84 Stunden pro Woche.

Diese Verhältnisse scheinen es denn als sehr erklärlich erscheinen, wenn die Vichtberger Gemeindegewerkschaft seit einiger Zeit die ver- schiedenen Besuche unternehmen hätten um in dem einen oder anderen Punkte ihre Lage zu verbessern. Zunächst seien sie im März 1904 um eine Feuerungszulage eingekommen, aber damit ab- gewiesen worden. Im Juni 1904 sei petitiert worden, um die nach Maßgabe des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu lästige Zahlung der Differenz zwischen Aranzentgelt und Lohn zu erlangen. Das sei auch abgelehnt worden. Im November sei die Abschaffung der 5-tägigen Arbeit gefordert worden. Auch bezüglich Auf eine Eingabe um Bewilligung von Arbeiterauschüssen sei bislang ebenfalls keine Antwort erfolgt; allerdings verlautete, daß die Gemeindeverwaltung deren Einrichtung plane. Jedenfalls verlöhne es sich der Mühe, den Gewerkschaften zu antworten und mit ihnen oder einer Vertretung von ihnen über die Gewährung der Arbeiter Ausschüsse zu verhandeln. Das gebiete eigentlich schon die Bedeutung dieser Körper- schaften.

Eine Eingabe um Gewährung des Sommerurlaubes sei gleichfalls abgelehnt worden. Bei solch geringem Einkommen sei der Lohn nicht unbedeutend, daß man es in Vichtberg mit einer sozial sehr rückständigen Gemeindegewerkschaft zu tun hat. Es werde sich daher empfehlen, den einzelnen Mitgliedern der Kollegen nochmals wieder näher zu treten. Insbesondere müßten in den nächsten Sektionsversammlungen die Zweifelsfragen nach einander je nach ihrer Wichtigkeit nochmals eingehend besprochen und daraus sich er- gebende Beschlüsse der Vichtberger Gemeindegewerkschaft von neuem unterbreitet werden. Erfolg könne aber nur durch Einigkeit und gute Organisation erzielt werden, weshalb hierauf besonders Gewicht ge- legt werden müsse. Im übrigen sei es notwendig, den Angelegenheiten der Gemeinde volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und das Wahlrecht wahrzunehmen. In der Sektion hätten einige Kollegen lebhaft Klage über die Unzulänglichkeit der Löhne. An der Hand der täglich durch mehrere Wochen hindurch notierten Einnahmen und Ausgaben wurde nachgewiesen, daß die gegenwärtigen Löhne nicht ausreichen. Auch die Behandlung der Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig und besonders die Nichtbeachtung der Arbeiter als Gesundheitsgefährdeter die Gemüter. Die Gemeindegewerkschaft seien auch Feuerzähler und vollberechtigte Gemeindeglieder und aus diesem Grunde könne man eine größere Forderung wohl verlangen. Ein Laternenwärter fordere seine Kollege. Der Lohn betrage den ganzen Monat 60 Mk. Zur Nebenbeschäftigung bleibe gar nicht so sehr viel Zeit übrig. Die letzte Lohnzahlung habe 83,75 Pf. pro Monat betragen. Das spreche für sich selbst.

Herrle Marquardt aus Mirdorf verbreitet sich über die Mirdorfer Verhältnisse und findet die Vichtberger Verhältnisse hieran ge- messen, sehr kümmerlich. Zum Schluß fand folgende Resolution An- nahme:

Die heute am 12. Juni tagende öffentliche Versammlung der Ge- meindegewerkschaft Vichtberg erkennt an, daß die Lohn- und Arbeits- bedingungen der hiesigen Gemeindegewerkschaft unzulänglich sind. Die Versammlung bedauert, daß die Eingaben der Arbeiter zurückgewiesen keine gar nicht beantwortet wurden, und erklärt daher durch die Organisation der Lohnfrage, der Arbeitsfrage, der Abschaffung der 5-tägigen Arbeit, dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches und dem Sommerurlaub näher zu treten. Insbesondere erklären die Versammelten für die Einrichtung von Arbeiterauschüssen eintreten zu wollen. Sie erlauben die Meinung der Verbandsektion Vicht- berg in diesem Sinne zu teilen und in nächster Zeit das Erforderliche hierin in die Wege zu leiten.

Alle Versammelten sind überzeugt, daß die in Rede stehenden Verbesserungen für die Gemeinde Vichtberg keine großen Schwierig- keiten verursachen und mit Hilfe der Organisation wohl durchführbar sind und verprechen deshalb für deren Ausübung zu wirken.

Berlin Schmargendorf. Sektionsversammlung am 10. Juni im Vorsteheramt zu Schmargendorf. Der Arbeiterauschuss gab Bericht über das Besultat seiner Verhandlungen. Es sollen für Arbeiter im Arden Marktstraße Joppen probeweise angefaßt werden. Auch sind 10 Minuten Freizeitauszeit, aber nur im Winter, bewilligt worden, dagegen den Gehilfen bei Nacht und Sonntag für wohnfähigen 5 Pf. pro Stunde mehr zu gewähren, und die Feuerung für den halben Preis zu verabfolgen, wurden abgelehnt. Die dem Bericht folgte eine lebhafte Debatte an, in welcher auch ein Sommer- urlaub besprochen wurde. Es sind anhaltend vier 5, 5 1/2, 6 und 7 Tage Urlaub gewährt werden. Man wird dieser Frage später nochmal näher treten. Ferner erhält der Fortführende Bericht aus der erweiterten Vorstandssitzung, dem Inhalt sich der stoffenberst des Kollegen Peter an, der sich auch auf unsere Unterstützung läßt für das Jahr (15. Januar bis 10. Juni 1904) erstreckt. Die Sektions-

lasse hatte inklusive eines Bestandes von 252 Mk. eine Einnahme von 409,81 Mk., eine Ausgabe von 111,50 Mk. für Unterstützungen an kranke Kollegen und Sterbegeld für Frauen und Kinder, bleibt ein Bestand von 292,31 Mk., darauf wurde dem massiver Decharge erteilt. Dann wurde die Beitragserhöhung besprochen. Es sollen vom 1. Juli ab die Wochenbeiträge um 5 Pf. erhöht werden, damit unsere Unterstützungen beibehalten bleiben. Es sprachen die Kollegen Gärtel, Unglaube, Urban, Mapphengst und Mapphginst für die Erhöhung der Beiträge und wurde damit einstimmig beschlossen, diese von 25 auf 30 Pf. zu erhöhen. Darauf berichtet Kollege Unglaube von der stattgefundenen Herrenpartie. Diese sei gut ver- laufen, es haben sich alle gut amüsiert und empfiehlt die Anstellung für Arbeiterwohlfahrtseinrichtung nochmals zu betonen, da diese für den Arbeiter von großem Interesse sei. Dann wurde beschlossen, einen Sommernachtsball zu veranstalten, und nach Wahl einer Kommission erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin Teget. Sektionsversammlungen am 20. April und 8. Juni 1904. In der ersten nahm die Sektion Stellung zu den inneren Organisationsfragen der Sektion Groß-Berlin (Beitrags- erhöhung usw.) und stimmte den Vorschlägen der erweiterten Ver- waltung zu. Bei dieser Gelegenheit wurde von einigen Kollegen befragt, die Verbandsbeiträge nach dem Verdienste der einzelnen Kategorien zu stellen. Auf diese Weise würde man allen Ver- hältnissen gerecht werden. Es soll später zum nächsten Verbandstage die Sache wieder angeregt werden, da eine Diskussion hierüber zur- zeit nutzlos sei. In der zweiten Versammlung wurde die Frage aufgeworfen: „Haben wir Forderungen zu stellen?“ Es wurden verschiedene alte Forderungen erwähnt, die aber noch nicht wieder gestellt werden konnten, da sich die Verhältnisse noch nicht geändert hätten, welche in der letzten Verhandlung für die Ablehnung maß- gebend waren. Unter anderem wurden die Wochenlöhne besprochen und für Winter und Sommer gleiche Arbeitszeit befristet. Ebenso müßte ein einheitlicher Anfangslohn bestehen. Eine andere Frage: „Warum haben die Kollegen kein Interesse am Verband?“ wurde vom Kollegen Wolf beantwortet. Die Gleichgültigen wären der Meinung, der Verband sei eigentlich nicht mehr nötig, denn jetzt haben wir ja unseren Lohn, und wenn wir mal wieder mehr haben wollen, dann gründen wir einen neuen Verein. Auch liegt es vielfach daran, daß die Arbeiterzeitungen so wenig gelesen werden. Es kommt sogar vor, daß Kollegen nicht einmal die „Gewerkschaft“ lesen, ja, wo soll denn da das Interesse herkommen? Wenn die Betroffenen sich das vor Augen führen, was der Verband schon seit Jahren geleistet hat, müßten sie denn doch wohl zur Einsicht kommen. Dann wurde noch dringend gewünscht, daß die Kollegialität besser gehandhabt würde, was jetzt vielfach nicht geschieht. Zum Schluß legte der Vorsitzende den Kollegen noch dringend ans Herz, die Organi- sation etwas ernstlicher zu nehmen und nicht, wie es manche gemacht haben, mit den Beiträgen einfach rüchständig bleiben, ohne irgend einen Grund anzugeben. Jeder Kollege müßte doch wohl den Mut haben zu sagen: „Ich trete aus dem oder dem Grunde aus!“ Er müßte aber selbstverständlich bis zu dieser Zeit wenigstens seine Beiträge bezahlen. Darauf Schluß der Versammlung.

Breslau. Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter fand am Donnerstag im Lokale „Zum Hühnen Strand der Oder“ statt. Kollege Mehrlein referierte unter starkem Beifall über „Die Verdammlung der beiden städtischen Betriebsanstalten“. An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials wies Mehrlein auf die zahlreich vorhandenen Mißstände in den beiden Anstalten hin. Er hielt die Leistungen der Anstalten einander gegenüber, wobei Gegenstände zutage kamen, die allgemeine Verwunderung erregten. Der Vorschlag des Referenten, die in der letzten Versammlung beschlossene Petition an den Magistrat und das Stadverordnetenkollegium um Ver- schmelzung beider Anstalten bis zum Herbst zu vertagen, fand Zu- stimmung. Allgemein wurde anerkannt, daß die gegenwärtige Zeit zur Abendung der Petition der Herren im Stadparlament wegen recht ungeeignet sei. Auch ist Kollege Mehrlein vor, die Vertreter der Arbeiter in den Anstalten vorher noch eingehender über den Inhalt der Petition zu informieren, damit dieselben in den Generalversamm- lungen der Anstalten dafür entsprechend eintreten können. Diesen Anregungen wurde einstimmig Folge gegeben. Nachdem sich noch eine lebhafte Debatte über die staatsverhältnisse in einzelnen ent- stehen hatte, an welcher Arbeiter aller städtischen Betriebe teil- nahmen, hielt Kollege Mehrlein noch eine beifällig angenommene Ansprache, den Verband der Gemeindegewerkschaft und seine hiesigen Organe betreffend, worauf mit einem dreifachen Hoch auf den Gemeindegewerkschaftsverband Schluß der Versammlung erfolgte.

Unsere Sektion erlitt sich auch weiter eines stürzenden Fort- schritts. Zwar wird von den Gaswerken mehrere unserer Kollegen — wie stets im Sommer durch die Einschränkung des Betriebes — vorübergehend entlassen und dadurch aus dem Verband ausgeschieden, aber wir werden diesen Mächtig bald wieder durch neue Mitglieder weit machen. Auch am Rastertwerk haben wir Tausend des Vorgehens von Herrn Fackler Tebusmann einen Zuschuß zu verdienen. Aber es sind Anzeigen vorhanden, daß es auch dort bald besser wird. Auf die Dauer lassen sich auch die Arbeiter Breslaus nicht von dem zurückhalten, was sie als richtig erkannt haben. Vielleicht wird der von Herrn Tebusmann gegen die „Vollmacht“ angestrebte Prozeß dabei mitwirken. Wir

werden feinerzeit darüber berichtet, es wird ganz interessant werden. Zurzeit wird hier jetzt an der Festigung der Organisation nach innen gearbeitet. Deshalb findet jetzt im Juli keine Mitgliederversammlung statt. Die nächste Zusammenkunft findet erst wieder Dienstag den 2. August statt. Unser Ortssekretär, Kollege Wehrlein, mußte uns auf einige Wochen verlassen, da er in seiner Eigenschaft als Mediziner zu sechs Wochen in die Front wegen angeblicher Verletzung der Regierung verurteilt wurde. Er bringt jetzt seine „Serien“ in der Strafanstalt abzuhalten bei Breslau.

Leipzig. Die städtischen Straßenreinerer nahmen in einer im Gasthaus „Stadt Gotha“ abgehaltenen Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Sie hatten, wie berichtet wurde, durch ihren Arbeiterausschuß den Rat in einer Eingabe ersucht, einen Wochenlohn von anfangs 20 Mk., steigend bis 24 Mk., zu gewähren. Dieser Lohn ist auch einer kleineren Anzahl von Arbeitern zugehört worden, während der Stundenlohn im übrigen mit 1 Pf. Erhöhung beibehalten worden ist. Diese Löhne wurden als durchaus im zureichend hingestellt und wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter durch die Verrechnung der Lohnklassen um zwei unzureichender geworden seien. In einer angenommenen Resolution wurde die Forderung von 1 Pf. pro Stunde als völlig ungenügend bezeichnet und das Bureau der Versammlung beauftragt, die Forderung auf Einführung eines Wochenlohnes von 20-24 Mk. nochmals zu unterbreiten. Es kamen hierauf einige Wünsche, wie die Lohnzahlung nach Feierabend und die unbillige Verdrängung der Arbeitszeit in Sprache. Der Arbeiterausschuß erhielt den Auftrag, diesbezüglich beim Rat vorstellig zu werden. Weiter nahm die Versammlung Stellung zu der demnächst stattfindenden Wahl der Arbeiterausschüsse; es wurde aufgeführt, nur organisierte Arbeiter dazu in Vorschlag zu bringen. Von 500 hier beschäftigten Straßenreinerern sind aber nur wenige organisiert, daher sind die Schwierigkeiten noch recht groß. — Die auf dem städtischen Schlaach- und Viehhöfe beschäftigten städtischen Arbeiter hielten am 21. Juni im Restaurant Kaiserfort, Zuchtstraße, eine Versammlung ab, um zur Schaffung eines Arbeiterausschusses Stellung zu nehmen. Auf eine Eingabe an den Rat, in der um die Einsetzung eines Arbeiterausschusses gebeten wurde, hat, wie der Sekretär in der Versammlung berichtete, die Stadtdirektion keine Antwort gegeben, daß ein Arbeiterausschuß gebildet und seine Wahl demnächst vorgenommen werden solle. Die Versammelten stellten dazu die Mandatdaten auf.

— Die städtischen Laternenwärter nahmen ebenfalls in einer im Gasthaus „Stadt Gotha“ abgehaltenen Versammlung Stellung zur Lohnfrage. Sie bezeichneten die ihnen nach sechs-jähriger Dienstzeit gewährten Lohnzulagen von 10 und 15 Pf. pro Tag als unzureichend und beauftragten ihren Arbeiterausschuß, das schon vor längerer Zeit an den Rat eingereichte Gesuch, enthaltend die Wünsche ihrer Forderungen, zu erneuern. Weiter beschloßen sie, wegen der wenig günstigen Lage einiger Fachkolle die Mandatlisten dieser Fächer Eingaben an die Jurisdiction zu richten, sowie wachsamste Vorkehrungen für die demnächst vorzunehmende Neubau der Arbeiterausschüsse zu beraten.

Mainz. Seit über 200 Kollegen hatten sich am Sonntag den 12. Juni im „Lanzenbaum“ versammelt, um einen Vortrag des Kollegen G. Altvater Zuchtgart über: „Die Arbeiterpolitik der Stadtgemeinde“ entgegenzunehmen. Mehrere Wünsche in 11-minütigen Ausführungen das Interesse der Anwesenden zu fesseln. Zu großen Teilen einwärts er denkwürdigen ein Bild der kommunalen Arbeiterpolitik in Deutschland, deren Kräfte und weiteren Aufgaben. Inhalt der Arbeiter sei es, tatkräftig in dem weiteren Ausbau derselben beizutragen, was einzeln und allein nur dadurch geschehen könne, daß unter Gemeindegewerkschaft immer mehr stimpfer in den Reihen der städtischen Arbeiter fände. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil. Die Diskussion war eine sehr rege. Unter anderem wurde der Vorschlag gemacht, den Zuchtgart Kollegen, die um dieselbe Zeit das Jahresjahrliche Vorträge über die städtische Arbeiterpolitik zu lesen. Nach Annahme dieses Vorschlages erfolgte Zerschlagung der Versammlung.

Mannheim. Am 17. Juni sagte im Lokale Bell die Mitgliederversammlung der städtischen Mannheimer. Zur Beratung stand die Einsetzung eines Arbeiterausschusses für Frauen und Minder, sowie Wahl eines Vorstehers und eines Schriftführers. Der gerade in Mannheim anwesende Verbandssekretär Altvater Zuchtgart empfahl der Versammlung die Annahme der Arbeiterunterstützung für Frauen im Betrage von 20 Mk., für Minder bis zu 15 Jahren 10 Mk. Nach ziemlich lebhafter Debatte wurde die Forderung angenommen, ebenso die dadurch notwendig werdende Erhöhung der Wochenbezüge auf 25 Pf. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, die Einsetzung der Vergütung im Zukunft auch einen stellvertretenden von Hans zu Hans befragen zu lassen, da dieser Mann vorstehender erscheint als der bisherige, wobei die Kollegen ihre Beiträge im Zahlung im Zeitlohn einrichteten. Als Entschämter wurde Kollege Hepp gewählt. Die hierauf vorgenommene Wahl eines Vorstehers fiel auf den Kollegen Schmitt, während Kollege Stammel zum Schriftführer ernannt wurde. Am 4. und 5. Juli wird ein „Verständnis“ wird aus der Versammlung die Anfrage gestellt, ob der frühere Interkommunale Hugo schon die von den Mitgliedern erhobenen Wochenbezüge vom 1. Quartal abgetreten

habe. Da dies verneint werden mußte und außerdem bekannt wurde, daß Hugo verabsichte, die Kollegen vom Versammlungsbesuch abzuhalten und auch sonst sein Verhalten gegenüber dem Verbands nicht einwandfrei ist, wird derselbe auf Antrag aus dem Verbands ausgeschlossen. Die von der Versammlung beschlossenen Bestimmungen über die Arbeiterunterstützung hat folgenden Wortlaut:

Zerbe Unterstützungs-Reglement.
 § 1. Die städtische gewährt außer den im § 12 und § 13 des Statuts festgesetzten Unterhaltungen noch des weiteren:

a) Nach einjähriger Mitgliedschaft einen Beitrag zu den Beerdigungskosten für verorbene Frauen und Minder der Mitglieder, und zwar:

a) für die Ehefrau 30 Mk.

b) „ Minder bis zu 15 Jahren (auch Totgeburt) 10 „

§ 2. Die Arbeiterunterstützung wird nach Einlieferung der ständesamtlichen Sterbenkunde unter gleichzeitiger Vorlegung des Mitgliedsbuches von dem jeweiligen städtischen Amtszustand bezahlt.

§ 3. Die anstandslos Auszahlung der Arbeiterunterstützung erfolgt nur dann, wenn das Mitglied mit seinen Beiträgen nicht mehr als vier Wochen im Rückstand ist.

§ 4. Die Arbeiterunterstützung ist eine freiwillige und steht den Mitgliedern ein tragbares Recht nicht zu.

Verloren mit Sitzung vom 1. Juli 1901 in der kombinierten Versammlung vom 17. Juni 1901.

München. Die städtischen Arbeiter und der Antrag Tobler. Am 5. Juni fand eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter statt, in der zu dem Antrag Tobler betr. Regelung der Lohnauszahlung Stellung genommen wurde. Die Versammlung war sehr stark besucht. Gewerkschaftssekretär Jacobson als Referent führte ungefähr folgendes aus: Nachdem auf jahrelanges Drängen der organisierten Arbeiter in der Handwerksvereine ein Stück Sonntagserlöbe geschaffen wurde, müssen die mangelnden Behörden daran denken, die notwendigen Maßnahmen zu treffen und es den Arbeitern ermöglichen, ihre Einkünfte an Werktagen befragen zu können. Die Notwendigkeit des Antrags sei nur an einigen Beispielen nachgewiesen. Beim Stadtbauamt ist um 1/2 Uhr Feierabend, der Weg vom Arbeitsplatz bis zur Geschäftsstelle an der Schrammenhalle ist aber oft sehr weit, sodas es 7 Uhr und später (Juni; beim Uhr) wird, bis der letzte Arbeiter sein Geld bekommt. Da die meisten Kadernhaber zwischen 7 und 8 Uhr schlafen, ist an ein Einkommen an diesem Tage nicht mehr zu denken. Die Lohnauszahlung sollte daher nicht nur früher, sondern auch am Arbeitsplatz stattfinden, wie dies z. B. bei den Plasterern der Fall sei. Vor der Schrammenhalle sei außerdem nur ein ungenügender Raum gegen die Hindernisse der Witterung vorhanden, sodas die kältesten und die durchnässten Arbeiter infolge des langen Wartens im Zugrunde auch an ihrer Gesundheit Schaden leiden. Nachdem der Antrag Tobler vom Arbeiterausschuß gutgeheißen worden sei, habe zu erwarten, daß auch die Versammlung dem Antrage einstimmig zustimmen werde. An das Referat schloß sich eine rege Diskussion an, an der allgemein der Antrag Tobler unpopulär begann und auch eine Reihe anderer Wünsche besprochen wurde. So vertrieß Herr Gammel darauf, daß der Arbeiter beim städtischen Plasterbau, Gensberger, über die alten Arbeiter sich geäußert habe: Die alten werde soll man mit dem Taschenspieler davonhauen. G. R. Maith drückte seine Freude darüber aus, daß die städtischen Arbeiter sich diesmal nicht führen, zum Hochzeiten sei es auch noch Zeit, wenn der Antrag angenommen sei. Bezüglich des eigentlichen Lohnauszahlungsmodus an der Schrammenhalle vertrieß Maith darauf, daß in verschiedenen Kombinationen das Heber einnehmen getroffen sei, daß die Parteien auf den Lohn als Arbeitszeit gilt und bezahlt werden muß. Das solle auch beim Magistrat eingeführt werden, wenn sich eine rechtzeitige Lohnauszahlung wirklich nicht herbeiführen lässe. Mit einem Appell an die Versammelten, ohne Rücksicht auf Interessen in religiöser oder politischer Beziehung, gemeinsam zusammen zu arbeiten, wenn es gelte, ihre Lage zu verbessern, schloß Maith seine mit stürmischem Beifall angenommenen Ausführungen. Durch den Mund ihres Vertreters Herrn Zählert ließen die Arbeiter der christlichen Liga mitteilungen über die Erklärung, daß sie einstimmig für den Antrag Tobler eintreten werden. G. R. Maggauer fand es für angebracht, in die bis jetzt ruhig verlaufene Versammlung einen Witzton hinein zu bringen, indem er als erster die Politik bestrich und erklärte, so lange die religiösen Anbahnungen der städtischen Arbeiter verbohrt würden, sei ein Zusammengehen aller städtischen Arbeiter unmöglich. Er für seine Person unpopulärer mit dem Antrag Tobler, allein seine Partei habe auf dem Standpunkt, daß man, wenn man nicht alles erreichen könne, sich auch mit weniger begnügen müsse. Man man den Arbeitsschein um 1 Uhr nicht einstellen, so solle man als Abblageschaltung den Arbeitsschein um 2 Uhr annehmen. Auch wäre es angebracht, wenn die Versammlung in ihrer Resolution die Gemeindegewerkschaften nicht aufzöge, für den Antrag Tobler einzutreten, sondern sie bloß durch einen Appell, G. R. Maggauer, der dem Magistrat den Weg gezeigt habe, wie man den Antrag Tobler zu Fall bringen könne. Die städtischen Arbeiter ließen sich durch den unpopulären Vortrags Maggauer jedoch nicht irritieren, sondern sie stimmten geschlossen die eingetragene Resolution, die in folgendem Wortlaut einstimmig angenommen

Die heute am 5. Juni im oberen Saale des Hotel „Krenz“ tagende sehr stark besuchte öffentliche Versammlung aller beim Stadtbauamt beschäftigten Arbeiter begrüßten den von Herrn Stadtbauamt-Bevollmächtigten Töbler im Gemeindefolgeamt einbrachten Antrag betreffs Regelung der Lohnauszahlung als Entlohnung der Sonntagsruhe und forderten die Vertreter in dieser Hinsicht auf, mitzuwirken, daß der Antrag angenommen wird. Die städtischen Arbeitern zu ermöglichen, ihre Einkünfte rechtzeitig an Verträgen besorgen zu können. Die Versammelten erklärten sich ferner mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und versprochen, wenn für Raum der Organisation beigetragen, um durch eine festgelegte Organisation ihre Interessen besser wahren zu können.

München. Ein ziemliches Häuflein städtischer Gärtner hatte sich am Samstag, 18. Juni, im Verbandstotale eingehunden, um zu prüfen, daß es nun endlich einmal gelungen ist, die Kollegen der Stadtgärtnerei unter einen Hut zu bringen. Es wurde einstimmig beschlossen, den nächsten Freitag eine Versammlung der städtischen Gärtner zu veranstalten und allmonatlich eine Sitzung, event. nach Bedarf mehrere, abzuhalten; es wurden folgende Kollegen in die Sektionsleitung gewählt: Sektionsführer Emanuel Reine, Schriftführer Franz Sebold, Kassierer Max Zählacht. Dieses Ziel wurde in der städtischen Gärtnervereinigung früher verfolgt, jedoch scheiterte die gute Absicht stets an dem Umstand, daß es nicht gelang, die Kollegen der Stadtgärtnerei in solche Bestrebungen gerichtetem Sinne. Ein großer Teil der Kollegen gehört nun dem Verbands an, was desto höher eingeschätzt werden muß, weil verschiedene junge Gärtner überhaupt nur vorübergehend hier bleiben, während wieder ein anderer Teil nach dem Ausbruch des Krieges in andere Städte, wo es ihnen besser erging, auswanderte. Dem einen alles, dem anderen gar nichts? Ein solches Verhalten ist nicht zu billigen, sondern es ist zu wünschen, daß die Kollegen sich auch noch in dieser Hinsicht einander unterstützen, welche das Recht immer an besten genommen haben, so wie es nur Menschenarten geführt wurden; jetzt aber, wo es gilt, zu handeln und der Organisation beizutreten, steht der Mut. Diese Dinge können über das Koalitionsrecht, d. h. dem rechtsgesetzlich anerkannten Recht der Vereinigung behufs Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mal in Mäßen zu sein. Die erste Versammlung der Sektion hat es bewiesen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß es den Kollegen bitterer Ernst ist, den Kampf um menschenwürdige Löhne anzunehmen. In erster Linie sind es die Löhne, welche für gelernte Arbeiter als völlig unzureichend bezeichnet werden in einer Stadt, welche als eine der reicheren weit und breit bekannt ist. Die städtischen Gärtner, wenigstens die Berufstätigen, sind gezwungen, allmonatlich schon 18, 22 und 25 M. Wohnung zu bezahlen, wenn sie nicht an die äußerste Peripherie der Stadt verfrachtet werden wollen. Daher kommt es auch, daß die Kollegen oft 1 1/2 Stunden zur Arbeitsstelle haben und eben weit zurück. Bei einigen guten Willen und sachgemäßer Arbeitsverteilung seitens der Direktion ließe sich leicht Wandel schaffen, auch die weite Entfernung der Wohnungen und Arbeitsstelle von den Häusern und die Kollegen auf die Wirtschaft angewiesen, was den Lebensunterhalt wesentlich verteuert, da die Familie zu Hause auch noch ein Mittag essen muß. Hauptächlich handelt es sich hier um kräftige Leute, welche ein sehr großes Arbeitspensum zu erfüllen haben und in vollster Manneskraft befinden, von denen man wohl annehmen kann, daß sie als bei einem kommunalbetrieblichen Beschäftigten gelernter Mitarbeiter imstande sein sollten, eine Familie ordentlich ernähren zu können. Nicht mit Unrecht wurde von den anwesenden Vertretern der Zentralverwaltung München auf den § 23 der Arbeitsordnung hingewiesen, welche letzterer für handliche, leistungsfähige, gelernte Arbeiter ein Volumen von pro Stunde 15 Pf. auswirft. Wie die Verhältnisse bis jetzt liegen, sind die Kollegen meist gezwungen, sich nach der Arbeit noch Nebenberuf zu suchen, sei es durch Übernahme von Hausarbeiten oder in anderen Berufen. Die Frauen der Kollegen müssen Geschäften zugehen, um das Haushaltsbudget einigermaßen in Balance zu halten. Sind Kinder in der Familie, so müssen diese wieder in Kost und Pflage gegeben werden, kurz, es sei jedem überlassen, sich in derartige Situation hineinzuversetzen, wenn er überhaupt die Fähigkeit dazu hat. Die Vertreter der Zentralverwaltung stimmten über die Durchführung eines Kollegen, der rednerisch klarlegte, daß er bei 12 Stunden täglich hin und her zu machenden Wege von 1 1/2 zusammen 2 Stunden, folgendes brauchen dürfte:

Bermittagbrodzeit	1 1/2	Vater Pier,	1 Zunge,	1 Prot.	26 Pf.
Frühstück	3/4	"	"	10 Pf. Wurst,	1 Prot.
Abendessen	1 1/2	"	"	1 Prot.	16 "
					75 Pf.

Damit müßte er von früh 7 1/2 Uhr bis 7 1/2 Uhr abends bei seiner Arbeit in Sand und Wetter auskommen. Die Kollegen erklärten sich auch darüber, daß junge, erst eingetretene Gärtner die gleichen gärtnerischen Arbeiten bei auch besserer Bezahlung verrichten, während ältere, schon jahrelang tätige Kollegen meist Tagelöhner zu sein zu verurteilt müßten. Wird einmal eine Bitte angebracht, so werden die Leute nicht selten hart abgewiesen, wenn nicht ebendiesem entgegenkommt, namentlich ein untergeordnetes Organ glaubt sich in derartigen Verhandlungen besonders hervorzuheben. Karl gezeichnete auch das Unwillige und Protektionen werden indem man bei den betreffenden Stellen die dienstfertigen Kollegen nicht anführen läßt, wenn fremde Familien herangezogen hat bzw. dieselben heranzuziehen versuchte, oder man zog ganz neu eingetretene Gärtner den dienstfertigen vor. Nach einer Anzahl von Punkten wurden erörtert mit dem Hinweis, es möge jeder Kollege seine volle Kraft einbringen, die noch fernstehenden Kollegen aus dem Winterurlaub hervorzuholen und der Organisation zuzuführen. Dann wird es auch gelingen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Der Verband hat in der Sektion „Gartenbau München“ ein arbeitsreiches Feld und wird seine ganze Kraft einbringen, daß auch den Kollegen der städtischen Gärtnerei ihr Recht werde. Hierauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

An diesem schlichten Beispiel sehen nun unsere in den städtischen Gärtnereien beschäftigten Kollegen, wie notwendig der Zukunftsanschluß ist. Als bestes Agitationsmittel bewährt sich das Vorgehen des Herrn Direktor Heiler, welcher den Kollegen der Stadtgärtnerei es unmöglich machen möchte, unteren Verbände beizutreten. Herr Direktor Heiler würde besser tun, mit seinen Arbeitern vernünftig zu reden und den Grundriss beachten: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Oder glaubt vielleicht Herr Direktor Heiler, allein Herr im Hause zu sein? Denkt er vielleicht nicht daran, daß der Magistrat bzw. die Münchener Bürgererschaft der eigentliche Arbeitgeber ist, der auch er untersteht? Indem nun alle städtischen Arbeiter Bürger und Steuerzahler sind und hauptsächlich zur Steuer am besten herangezogen werden, haben sie auch das Recht, ein menschenwürdiges Leben zu verlangen. Hoffentlich werden diese wenigen Zeilen mit dazu beitragen, den schlimmsten Mißständen abzuwehren und im Laufe der Zeit ein vernünftiges Verhältnis zwischen Arbeitern und Vorgesetzten anzubahnen.

München. (Gasarbeiter.) Zu der bevorstehenden Wahl eines Arbeiterausschusses der städtischen Gasanstalten fanden Samstag den 11. v. M. für das Gaswerk am Mühlstein eine Versammlung statt, in der Kollege Virnkamer über die Bedeutung und die Aufgaben eines Arbeiterausschusses einen anderthalbstündigen Vortrag hielt. Er wies hauptsächlich darauf hin, daß ein Arbeiterausschuß nur dann Wert hat, wenn hinter ihm eine starke, geschlossene Organisation steht und Männer in diesen Auschuß gewählt werden, die auch die nötige Energie besitzen, um die Interessen der städtischen Gasarbeiter jederzeit zu schützen wissen. Ferner erläuterte der Referent mit übermäßigem Material, wie in allen Städten Deutschlands es die städtischen Arbeiter verstanden haben, sich der modernen Arbeiterbewegung, dem Gemeindegewerkschaftsverband anzuschließen und wies auch auf dessen Erfolge hin, die den Beweis lieferten, daß, wo die Organisation der städtischen Arbeiter am stärksten war, auch deren Verhältnisse bessere sind als in den Orten, wo eine schwache oder gar keine Organisation vorhanden ist. Er forderte deshalb die anwesenden Kollegen auf, keiner der Versammelten soll das Vokal verlassen, ohne sich in den Gemeindegewerkschaftsverband anzuschließen zu lassen. Des weiteren unterzog der Referent einer gerechten Kritik den Satz in den Satzungen des Arbeiterausschusses in § 1 Abs. 3: „Der Arbeiterausschuß hat die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter in gemeinsamer Sitzung zu prüfen und mit einem Gutachten versehen, an die Direktion zu legen oder direkt abzuweisen. Die Direktion wird die eingelaufenen Anträge, Gutachten und Beschwerden des Arbeiterausschusses dem Magistrat in Vorlage bringen.“ Dieser Passus ist in den Bestimmungen des Stadtbauamtes sowie in denen der Elektrizitätswerke nicht enthalten, dort kommen die Wünsche und Beschwerden direkt an den Magistrat geleitet werden. Warum diesen Passus nur für die städtischen Gasanstalten? Ein weiterer Punkt, der der Kritik unterlag, ist noch ein Satz im § 3 Abs. 1: „Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeiter der städtischen Gasanstalten, welche mindestens zwei Dienstjahre haben.“ In den Satzungen der städtischen Elektrizitätswerke heißt es im selben § 3: „Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke.“ In anderen Städten Deutschlands, z. B. Frankfurt, Stuttgart, Zürich usw. sind die städtischen Arbeiter nach zweijähriger Dienstzeit schon in den Arbeiterausschuß wählbar, aber nicht erst berechtigt, überhaupt wählen zu dürfen, wie dies hier zutrifft, wo man nach fünfjähriger Dienstzeit erst wählbar ist. Hierauf wurde die Wahl der hierzu aufgestellten Kandidaten in den Arbeiterausschuß vorgenommen. Dann wurde mit einem kräftigen Applaus für Raum dem Gemeindegewerkschaftsverband beizutreten, die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Essentielle Versammlung der städtischen Arbeiter am 27. Mai. Reichssekretär Karl Winter referierte in der von über 100 Personen besuchten Versammlung über „Die Zentralverwaltung als Arbeitsgeber“. Inaugural wies u. a. auch verschiedene städtische Beamte, außerdem eine Anzahl Mitglieder der Kollegen. Der Referent benutzte zunächst, das mancher der Anwesenden überrascht gewesen sein werde, daß auch einmal die Leute so vielen städtischen Arbeiter an die Essentia denken; aber die andauernde Verschärfung und Verkürzung ihrer Wünsche und Beschwerden nötige sie hier zu. Sie seien überzeugt, daß die städtische Verwaltung ohne die Inanspruchnahme der öffentlichen Meinung ihren Wünschen und Beschwerden keine Folge gebe. Ein anderer Mittel bleibe ihnen nicht mehr übrig, da alle Verkündigungen nicht verstanden hätten. In dem Maße als die städtischen Interessen sich mehr und mehr in den Vordergrund drängen, werde die Zentralverwaltung immer mehr geneigt, Leute einzustellen, die in der Vergangenheit weniger

fähigkeit stehen, und es sei daher hierin allmählich eine Besserung der Verhältnisse eingetreten. Aber je mehr die Stadt zum Großindustriellen heranwache, um so größer werden auch ihre Pflichten. Ob die Stadt im selben Verhältnis diese Pflichten gegen ihre Arbeiter erfülle, sei zu unterfragen. Die jetzigen Löhne machen es einem Arbeiter unmöglich, menschenwürdig zu leben. Die Versorgung der bei der Stadt ausgedienten Arbeiter sei ebenso mangelhaft wie unzureichend. Die Ausgaben, die hierfür gemacht werden, seien nicht so sehr hoch anzuschlagen, da für die Stadtverwaltung so wie so die Pflichten beständen, für die Altersschwachen zu sorgen, wenn auch auf dem Wege der Armenunterstützung. Ebenso verbesserungsbedürftig sei die Hinterbliebenenversicherung. Eine Witwe erhalte z. B. wenn ihr Mann 10 Jahre Dienzeit hinter sich habe, 115 Mk. jährlich. Soviel müsse die Stadt an Arme als Wohnungsunterstützung bezahlen. Die Höchsteinstellung betrage 300 Mk. Die Forderung der händischen Arbeiter ging nun dahin, daß 30 Prozent des früheren Verdienstes als Winterrente bezahlt werden sollten. Diese Forderung sei aber abgelehnt worden, trotzdem die betreffenden Vorgesetzten wissen mußten, daß bei einem so niedrigen Verdienst bei Weitem keine Ersparnisse gemacht werden können. Jedermann werde zugeben, daß Löhne von 2,50 Mk. an, es selbst dem arbeitslosen Arbeiter unmöglich machen, etwas zu ersparen. Der Durchschnittslohn betrage etwa 3,19 Mk. und das bei Leuten, die noch im Wohlstand ihrer Arbeitskraft sind. Der Referent trägt ein Haushaltsanschlag eines sogenannten besser gestellten Arbeiters vor. Dieser Arbeiter hat eine fünfköpfige Familie zu ernähren. Die Jahreseinnahme desselben betrage 1053 Mk.; die Ausgaben dagegen bei ganz bescheidener Lebenshaltung, 1167,37 Mk. Es ergibt sich für diesen sogenannten besser bezahlten Arbeiter ein Defizit von 114,17 Mk. In diesem Haushaltsanschlag ist ein monatliches Taschengeld von 50 Pf. angesetzt, dieses gibt es nur alle zwei Tage, und zwar ein halbes Pfund. Um dieses Defizit zu decken, bleibt dem Manne nur übrig, entweder den Hungerriemen noch mehr an zu spannen und damit seine Gesundheit zu schädigen oder aber seine Frau in die Arbeit zu schicken und die Erziehung seiner Kinder fremden Leuten zu überlassen. Man sollte man doch glauben, daß auch die Mitglieder der hiesigen Stadtverwaltung, die ja ausnahmslos alle auf angenehmes häusliches Heim reflektieren, wenigstens dafür zu haben sind, daß auch ihren Arbeitern wenigstens ein menschenwürdiges Dasein zu teil wird. Trotzdem überließen alle Verträge, den Anfangslohn eines Arbeiters auf 3,20 Mk. festzusetzen mit einer jährlichen Steigerung von 10 Pf. pro Tag bis zu 4 Mk. Die völlige Nichtachtung dieser gewiß berechtigten Forderung beweist aufs einstimmige, daß die öffentliche Meinung genötigt werden muß, die Arbeiter in ihren Forderungen zu unterstützen. Der Referent ist überzeugt, daß auch die älteren Leute ihren Lohn verdienen, wenn sie an den richtigen Platz gestellt werden. So wie aber heute abgelehnt werde, könne gesagt werden, daß das Wohlverhalten und die Gerechtigkeit eines Vorgesetzten eine größere Rolle spiele als die Leistungsfähigkeit. Die große Zahl der Arbeiter sei geradezu notwendig, auf der Welt zu gehen, um einige Pfennige mehr Lohn zu erhalten. Dieser Zustand sei einer Stadt wie Stuttgart geradezu unendlich. Die händischen Arbeiter erleben daher die Forderung, daß an Stelle der jetzigen Willfür eine tarifliche Vereinbarung tritt, in der Lohnhöhe, Aufbesserung usw. genau fixiert sind. Aber auch die Arbeitsleistung müßte festgesetzt werden, damit es nicht mehr vorkommen könne, daß verheiratete Arbeiter über Gebühr übermäßig Nachdienst verrichten müssen. Ebenso wurde gefordert, daß die Standigmachung eines Arbeiters noch möglich ist bis zum 15. Lebensjahre. Heute werden Leute schon im Alter von 14 Jahren nicht mehr als ständig angesehen und müssen daher auf den Vorzug, die Feiertage bezahlt zu erhalten, verzichten. Auch in dieser Beziehung wird ein Regulativ gefordert. Ähnliche Mißstände existieren auf dem Gebiet des Heilandswesens. Eine reinere Forderung geht dahin, daß die im Krankheitsfall eintretende Differenz zwischen Arbeitslohn und Krankenunterstützung bezahlt wird; in dieser Beziehung seien eine Reihe von Städten weit voraus. Diese Forderung wurde ebenfalls abgelehnt, wie auch die übrigen Forderungen auf bessere Lohnverhältnisse, und zwar mit der Begründung, daß erst vor kurzem die Gehalts- und Dienstverhältnisse geregelt worden seien. In Wahrheit sind jedoch aber mehrere Jahre verflossen und die Verhältnisse haben sich ganz wesentlich verschlechtert. Als am 1. April 1903 die arbeitslosen Arbeiter in händischen Gewerkschaft eingeführt wurde, sind andererseits wieder Forderungen getroffen worden, die den kaum gewonnenen Vorteil überflüssig machten. Die Antwort auf eine am 1. Dezember 1903 eingereichte Petition der Gewerkschaft betr. die eineinhalbfache Verzinsung der Sonn- und Feiertagsarbeit der Eisenarbeiter, kam, trotzdem bereits am 17. November darüber in der ständigen Abteilung des Gemeinderats Bescheid gefaßt war, erst am 19. November in der Stunde der Beratung. Ganz besonders sei aber die Art, wie der Arbeiterausschuß behandelt wurde, daß ohne öffentlichen Druck auf die maßgebenden Tatsachen nicht auszuweichen sei. Die Mitglieder wurden in einer Weise belächelt, daß sich kein Kollege mehr in den Arbeiterausschuß stellen haben wollte. Außerdem rüchtrisches wurde mit dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses Franz Zimmer umgefahren, der schließlich wegen einer Platznahme entlassen wurde. Ganz besonders unmöglich ist das beständige Strafsystem. Der Referent

wünscht, daß der Inhalt der Strafbücher einmal den bürgerlichen Kollegen unterbreitet würde. Allgemeine Heiterkeit wäre allerdings der erste Erfolg, dem aber dann das Gefühl der Scham folgen müßte, die einseitige und unwürdige Zustände nicht abgelehnt zu haben, sondern dem Mangel immerfort erhaben wurden. — Der Redner führt noch eine Reihe Mißstände auf dem Gebiete der händischen Arbeiterverhältnisse an und betont, daß der ganze Abend nicht hinreichen würde, die Fälle aller Ungerechtigkeiten vorzuführen, über die schon oft geklagt, aber noch keine Abhilfe geschaffen worden ist. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen und einigen völksparteilichen Vertretern auf dem Rathaus habe sich noch niemand veranlaßt gesehen, für die händischen Arbeiter einzutreten. Er hoffe, daß die heutige Versammlung den Anstoß dazu gebe, daß die bürgerlichen Kollegen in ihrer Gesamtheit sich die geringen Verhältnisse näher ansehen und endlich Remedur schaffen. Die Organisation der händischen Arbeiter werde nicht nachgeben, bis die bestehenden Verhältnisse derart gehalten seien, daß sie der Stadt Stuttgart zur Ehre und ihren Arbeitern zur Freude gereichen. — Lebhafter Beifall folgte den anderthalbstündigen interessanten Ausführungen des Referenten. In der Diskussion gingen die Kollegen Pücker und Reimmüller, Gebrüder der im Transportbetrieb beschäftigten Arbeiter, auf einzelne Mißstände näher ein, während Gewerkschaftssekretär Näther eine Resolution einbrachte, die einstimmige Annahme fand. Sie lautet:

„Die am 27. Mai in Dinteladers Saalbau stattgehabte öffentliche Versammlung erkennt die von dem Referenten vorgetragene Beschwerden der händischen Arbeiter als berechtigt an und erwartet, daß von der Stadtverwaltung umgehend Schritte zur Abheilung dieser Mißstände eingeleitet werden. Insbesondere betrachtet die Versammlung die Entlassung des Vorsitzenden des Arbeiter-Ausschusses als zu Unrecht erfolgt. Des weiteren protestiert die Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen die bisher bestehende übermäßige Verschleppung der eingereichten Beschwerden und Eingaben. Die Versammlung richtet insbesondere auch an die Stadtverwaltung das Ersuchen, den händischen Arbeitern künftighin mehr als bisher ihren Zehus gegen die Koleragriffe und menschenwürdige Behandlung, wie auch die ungerechtfertigten Verurteilungen seitens einer Reihe von Vorgesetzten angezeihen zu lassen.“

Darauf schloß der Vorsitzende mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Organisation im Massenkampf die imposante Versammlung.

Wiesbaden. Öffentliche Versammlung am Samstag, den 18. Juni, im Monlordisalaal. Kollege Carl Altmeyer sprach über: „Zweck und Nutzen der freien Gewerkschaften“. Sein Vortrag fand reichlichen Beifall. In der Diskussion sprach noch lebhaft und interessiert Kollege Schäfer Mainz. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die versammelten händischen Arbeiter von Wiesbaden beauftragen das Bureau, an den Magistrat eine Petition zu richten, in welcher darum nachgefragt wird, daß vor definitiver Beschlußfassung über die Arbeitsordnung für die händischen Arbeiter die Wahlen zu den Arbeiteraussschüssen vorgenommen werden, um es denselben zu ermöglichen, sich zu dem Entwurf der Arbeitsordnung gutachtlich zu äußern.“ Kollege Mühl führte dann folgendes an: Als die letzte christlichsoziale Versammlung stattfand, waren einige Kollegen aus unterm Verband und ich in dieser Versammlung anwesend. Die Territorialität dort verabschiedet wird, davon ein Beispiel. Ein Herr v. früher händischer Schlosshofarbeiter, gekennzeichnet als Demuziant, war 15 Monate und einige Tage beim Manalbau. Durch Vieldienerei hatte er sich die Gunst des Betriebsaufsehers in solchem Maße erworben, daß alle Arbeiter der Meinung waren, der wüßte noch ihr Vorarbeiter. Die Herrlichkeit war aber bald zu Ende, weil er vom Betriebsaufseher einige Male nicht nüchtern angetroffen wurde. Er wurde weiter beobachtet und alsbald in Braunstein- und sonstigen steinigen angetroffen. Vor ungefähr 4 oder 5 Monaten war er bei dem Kollegen Mühl in der Kolonne. In dieser Zeit wurde er nicht einmal zur Anzeige gebracht trotz des reichlichen Anlasses. Er trat aus freien Stücken dem Gemeindegewerkschaftsverband bei, war aber auch Mitglied der christlichsozialen Gewerkschaft. Letzteres wußten wir nicht, sonst wäre er bei uns überhaupt nicht aufgenommen. In jener Versammlung stellte er mich und mich Ferrorist hin, weil ich einmal zu ihm geklagt haben soll, als er in des Rathes über die harte Arbeit beschwerte: Maul spüren gibt nicht, hier muß gewöhnt werden! In Wirklichkeit hatte ich geklagt: Hier gibt Schmutz und Schmutz nichts, hier muß gearbeitet werden! Kollege Mühl wollte nun in heutiger Versammlung den Sachverhalt darlegen und den braven V. kündigen. Er hatte die Vor sofort uns Wort gebeten. Es wurde ihm aber nicht erteilt, und bei seiner Beschwerde beim Vorsitzenden erklärte ihm dieser neue Mann, wenn er sich nicht fügen werde, würde er ihn durch die Ehrengamman aus dem Lokale entfernen lassen. Dieses Verhalten der christlichsozialen zeigt, daß es ihnen auch nicht so genau darauf ankomme, wenn sie einem anderen Nebenmenschen eins am Zeigefinger stellen wollten. Die Kollegen nehmen hiervon gebührend Notiz. Haben noch mehrere neue Mitglieder aufgenommen, wurde die stark besuchte und imposante Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Aus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Dresden. Eine der vornehmsten Forderungen, welche der Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter an die Stadtverwaltung bezüglich deren Arbeiter stellt, ist die gesetzliche Regelung des Arbeits- bzw. Wohnverhältnisses und die Einführung einer Heilfürsorge. Bezüglich dieser Wünsche sind eine ganze Anzahl Stadtverwaltungen den Arbeitern entgegengekommen, und wenn auch noch manches für letztere zu wünschen übrig bleibt, so ist doch durch den Verband vieles erreicht worden.

Nur die Dresdener Stadtverwaltung fordert uns fortgesetzt zur Kritik heraus; scheint es doch, daß dieselbe ihre Arbeiterordnung mit den schon sehr zweifelhaften Wohlthaten nur zu dem Zwecke erlassen hat, die Arbeiter zu disziplinieren und zu bevormunden. Wiederholt haben wir bereits dieses Verhalten kritisiert, und heute wollen wir ein paar neue Beispiele hinzufügen, wie die Dresdener Stommune sich dann über ihr eigenes Gesetz stellt, wenn es ihr Pflichten auferlegt. Auf Grund der Arbeiterordnung, welche eine zehnstündige Arbeitszeit vorsieht, hatten die Strafgenossen im Abstande der 11 Stunden gebeten. Darauf erhielten sie den verblassenden Bescheid von oben, daß im Winter 9 Stunden, dafür im Sommer 11 Stunden gearbeitet würde, somit die Vorschrift der zehnstündigen Arbeitszeit erfüllt sei.

Nach diesem Grundsatze könnte ja bei denen, welche im Winter regelmäßig 4-5 Monate aussetzen müssen, die 20-24 stündige Arbeitszeit im Sommer begründet werden.

Ein Teil der besser bezahlten Arbeiter des Tiefbauamts, welche mit den Polieren in der Regel auf sehr freundschaftlichem Fuße stehen - die sogenannten Züngen des Tiefbauamts - rufen nicht am Tage, sondern nach Feierabend immer noch sehr viel Arbeit, welche unbedingt getan werden muß, und arbeiten dabei 12-13 Stunden pro Tag. Tagelang wird aber den übrigen Entlohnung wegen Arbeitsmangel angekündigt.

Bezüglich der in der Arbeiterordnung vorgeschriebenen Urlaubsbewilligungen herrscht gleichfalls die reine Anarchie. Ein Bezirk bewilligt die vorgeschriebenen 7 Tage, ein anderer wieder 4 oder ein paar Tage, andere wieder scheinen gar nichts von den Bestimmungen der Arbeiterordnung zu wissen.

In der nächsten Nummer werden wir noch eingehender auf die Sache zurückkommen, und leider müssen wir uns dann auch wieder mit dem Herrn v. Nator beschäftigen.

Zufuß zum Krankengeld und ein Sterbegeld, 2. den der Versicherungs-pflicht nicht unterliegenden Mitgliedern, gleichzeitig auch für ihre Angehörigen, freie Arznei und ein Sterbegeld für den Todesfall des Mitgliedes oder freie Arznei, sowie freie ärztliche Behandlung und ein Sterbegeld für den Todesfall des Mitgliedes. Der Zweck der Kasse ist in Verlust. Zum Beitritt berechtigt sind nur Mitglieder eines an dem Staatseisenbahnverbande beteiligten Eisenbahnvereins. Die Kasseneinrichtung wird voraussichtlich am 1. Oktober d. J. in Betrieb treten. Auf Anordnung des Ministers hat die Staatsregierung mit Zustimmung des Landtags der Kasse einen Betrag von 3 Millionen Mark überwiesen.

Das freie uningeschränkte Koalitionsrecht wird den Eisenbahnern schon lieber sein als diese ganze „Wohlfahrts-Einrichtung“ mit samt der Dreimillionszugabe. Aber merkwürdig, in ihrer Art belieben einige Inspektionen den Koalitionszwang auf ihre Arbeiter auszuüben, indem diese sich par ordre de maîtres zu organisieren haben, um nur in den Genuß der Wohlthaten zu kommen.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Luft, Wasser, Licht und Wärme. Neun Vorträge aus der Experimentalchemie. Von Prof. Dr. H. Wochmann. Mit zahlreichen Abbildungen. („Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 5. Bandchen.) 2. Auflage. Verlag von W. G. Deubner in Leipzig. [VI u. 152 S.] Preis geb. 1 M., geschmackvoll gebd. 1,25 M.

Der Verfasser will den Laien in das Gebiet der Chemie einführen. Das Experiment, welches in den zahlreichen Abbildungen (115) sich gewissermaßen vor den Augen des Lesers vollzieht, bildet die Grundlage aller Erörterungen, bei denen auf die alltäglichen Erscheinungen und auf das praktische Leben besonders Rücksicht genommen wurde. Daher finden die Vorgänge in der Sauerstoff- und Wasserstoffentwicklung, die in unvollständiger Verbrennung und die langsame Verbrennung, die Quelle der Körperwärme bilden den Schluß der Betrachtungen, die einen tiefen Einblick in das Wesen der Natur gewähren. Molekül und Atom, Element, chemische Zeichen und Nenneln sind an geeigneter Stelle abgeleitet und erörtert, sodah der aufmerksame Leser, auch wenn er ohne alle Vorkenntnisse an das Buchlein herantritt, es mit den Grundbegriffen der Chemie vertraut aus der Hand legen wird. Aber auch der Lehrer für Chemie wird darin mancherlei Neues, insbesondere einige noch nicht allgemein bekannte Experimente finden, die er in seinem Unterricht verwerten kann. Ein der zweiten Auflage neu eingefügtes Kapitel über „flüssige Luft“ trägt den neuesten Fortschritten der Wissenschaft und Technik Rechnung. So kann das Buchlein erneut angelegentlich empfohlen werden, zumal der Preis bei der reichlichen Ausstattung als außerordentlich niedrig bezeichnet werden kann.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Secretariat: Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Telephon: Amt IX, 6188.

Alle Korrespondenzen, die den Verbands-vorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Zämliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voersch**, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuss, Vorsitzenden zulässig.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 2. Quartal gingen an Beiträgen ein: Berlin 100,- M., 1. Rate.
 Ferner gingen im Juni ein: Für Protokolle der Gasarbeiterkonferenz 2,70 M.
 An Rückzahlung von 2. in P. 10. - M. und 2. in Cb. 6. M. G. Ahmann, Hauptkassierer.

Vermischte Nachrichten.

Heberbüßige Bemühungen bereite die Polizei in Halle a. S. sich und anderen, als sie am 27. März d. J. den Polizeikommissar mit Mann Begleitung nach dem Kaufmannshaus Restaurant entbande, um eine geheime Versammlung“ anzuknaben. Andere Kollegen hatten sich zu dem üblichen Jahrlabend zusammengeschrieben und sprachen bei dieser Gelegenheit über interne Verbandsachen. Man war gerade in der Diskussion über das Vereinsvermögen begriffen, als die heilige Germandad auf dem Plan erschien, die Namen sämtlicher Teilnehmer beschlehte und zwei Kommissäre beauftragte. Gegen unsere früheren Vertrauensmann Zedore war ein Verfahren wegen Heber-tretung des Vereinsgesetzes eingeleitet. Nur hat man die Sache niebergelegt und die f. St. beidlagnahmen Kommissäre zurück gegeben.

Es schickte an jedem Anhalt zu einer Anklage. Die Staats-rettung war also nicht von großem Belang. Zedore um die Zeit und den Aufwand von Mühe. Wenn wir es nur ein einziges Mal erleben mochten, daß man „internen Zusammenkünften“ der Arbeiter in ähnlicher Weise nachgrünte, um festzustellen, ob Verhöre gegen das Vereinsgesetz vorliegen.

Vereinigung händlicher Arbeiter. Am 5. d. M. wurde hier in Augsburg eine auf arbeitssozialer Grundlage beruhende „Vereinigung von händlichen Arbeitern und Bediensteten Augsburgs“ nach dem Beispiele anderer Städte Bayerns gegründet. Es ist zu erwarten, daß diese Vereinigung gleich ihren Mitbewerbern in Bayern in Mitleid nicht nur die volle Sympathie der Gewerkschaft im allgemeinen, sondern auch durch braves und maßvolles Verhalten auch die Anerkennung und Achtung der Vorgesetzten erlangen wird. Die Verheißungen der jungen Vereinigung, die sich natürlich in dem Rahmen der bestehenden Staatsordnung halten werden, verprechen ein hellen Erfolg.

So zu lesen in den „Neuesten Augsburgischen Nachrichten“. Wir glauben uns dazu die Anfrage an die beteiligten Kreise in Augsburg. Es können denn ganz und gar nicht von dem Verbanden unserer Organisation bekannt war. Jedenfalls läßt unsere Kollegen in den benachbarten Städten besser, jede Zersplitterung der Organisation von vornherein zu vermeiden und für die Ausgestaltung einer einheitlichen händlichen Organisation einzutreten.

Wohlfahrts-Einrichtung bei der Eisenbahn. Am 1. Juni d. J. ist in Aachen eine Krankenkasse des Allgemeinen Verbandes der Eisenbahnvereine der preussisch belgischen Staatsbahnen und der Reichs-eisenbahnen (Eisenbahn-Verband-Krankenkasse) gegründet worden. Die Kasse gewährt: 1. den versicherungspflichtigen Mitgliedern einen

Es ist zu erwarten, daß diese Vereinigung gleich ihren Mitbewerbern in Bayern in Mitleid nicht nur die volle Sympathie der Gewerkschaft im allgemeinen, sondern auch durch braves und maßvolles Verhalten auch die Anerkennung und Achtung der Vorgesetzten erlangen wird. Die Verheißungen der jungen Vereinigung, die sich natürlich in dem Rahmen der bestehenden Staatsordnung halten werden, verprechen ein hellen Erfolg.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Verkaufspreis für das Vierteljahr ist 0,80 M. (ohne Postgeld), unter Streifenband 1 M. — Anzeigen kosten die dreigespaltene Zeile 0,40 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 M. netto.

Totenliste des Verbandes.
Johann Rieck, Stuttgart
† 13. Juni 1904 im Alter von 49 Jahren.
Wilhelm Tuckay, Breslau
† 13. Juni 1904.
Johann Anderhub, Mainz
† 20. Juni 1904 im Alter von 59 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Filiale HAMBURG!

Donnerstag, den 21. Juli 1904
abends 9 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in der Festungshalle, Gärtnermarkt.
Vortrag: Ein neuer Weg zur Volksbildung. Referent: Medailleur Otto Nühle-Harburg. Der Filialvorstand.

Sektion Staats-Guajarbeiter!

Sonnabend, den 16. Juli 1904
abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Adolf Müller, Ede Reichenstr. und Wimmer Teich.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Sektionsleitung.

Achtung! Achtung!
Filiale Berlin.
(Sektion IX, Rev.-Inspektionen).

Sonnabend, den 23. Juli 1904:
Gr. Sommerfest

im Etablissement „Zur Königsbank“
(Zuh. F. Walter), Gr. Frankfurterstr. 117.
Reichhaltiges Programm
unter anderem:
Auftreten der Original-Norddeutschen Sängers.
Instrumental-Konzert.
Kinderbelustigungen aller Art.
Nach dem **Tanz-Kränzchen.**
Anfang 5 Uhr.
Programme sind bei den Vertrauensleuten zu haben.
Hierzu ladet alle Kollegen und Fremde herzlich ein.
Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“
E. O. m. b. V.
Anmeldungen, Mitgliederaufnahmen, Auskunft in der Geschäftsstelle
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

„Die Gewerkschaft“ Jahrgang 1903
mit Inhaltsverzeichnis
sauber gebunden, ist wieder vorrätig.
* Zum Gebrauch für Filial- und Sektions-Vorstände unentbehrlich. *
Preis pro Band 4,50 M. inkl. Porto. Bestellungen an
Heinrich Bürger, Berlin W. 57, Bülow-Strasse 21.

Berlin - Sektion IV.
(Englische Gasanjalter).
Sonnabend, den 16. Juli 1904
Gr. Sommerfest
im herrlich an der Spree gelegenen
„Dasselwerder“
bestehend in **Zommernachtsball, humoristisch Heberausungen, lebende Bilder, Reigenfahrten des Radfahrer Vereins „Siel“ (M. d. A. - R. - V.), Fest-Nede.**
Der Ertrag ist zum Besten der Unterstützungskasse bestimmt.
Abfahrt: **Börliner Bahnhof 8:37**
Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Zahlreiche Beteiligung erbitet.
Das Komitee.

Filiale Berlin III (Wasserwerksarbeiter).

Sonnabend, den 23. Juli 1904:
6. Stiftungsfest

in den **Stadiums Festsaal und Garten, Landsberger Allee 10/11, Ede Petersburgerstr.**
Am lebhaften Garten: **Große Extra-Soiree der Steinmetz-Sänger.**
Anfang der Vorstellung 7 Uhr, des Konzerts 8 Uhr.
Herrenbillets 50 Pf., Damenbillets inkl. Vorleistung, reservierter Platz und Tanz 30 Pf.
Die Kollegen von den Filialen Berlin und Umgebung sind hiermit ergebenst eingeladen.
Das Komitee.

Süddeutsches Verbandssekretariat

Stuttgart
Möhringerrstraße Nr. 122
Telephon Nr. 6111. Sekretär: G. Altwater.

Gesunden

Ein Vereinszeichen mit folgender Aufschrift:
G. V. Gas. Engl. Anstalt. Abholen im **Verbandsbureau, Bülowstr. 21.**

Nieder-Schöneweide

Restaurant „Kleine Fischerhütte“

Empfehle mein herrlich gelegenes Lokal bei Partien.
Familien können **Kaffee trinken.** * Gut gepflegte Biere. * Gute Milch.
Billige Preise. * Motorboot-Mundfahrt und Heberfische. * Vereinszimmer.
Um geneigten Zutpruch bittet
Julius Fischer.

Berlin, Sektion IX.
Unserem Kollegen
Ernst Kleist
zur Hochzeit die besten Glückwünsche.
18. Revier Inspektion.

Achtung! Filiale Magdeburg

Sonntag, den 10. Juli 1904

Sommer-Vergnügen

bestehend aus **Konzert und Ball**
verbunden mit **großem Kinderfest**
in „**Georg Winters Gesellschafts-Garten**“
Hauptplatz 50.
Durch Mitglieder eingelohrte Gäste haben Zutritt.
Anfang punkt 3 Uhr nachmittag. Entree 10 Pf.
Für Belustigungen ist bestens Sorge getragen.
Das Komitee.

Das Blumengeschäft

Theodor Paqe, Memelerstr. 68,
empfeht sich den geehrten Kollegen zur Anfertigung von **Vereinskränzen**, sowie sämtlichen **Blumendiensten.**


Beste Nähmaschine, auch mit
Waschmaschinen, landwirtschaftliche
Maschinen auf Wunsch auf
Teilzahlung. Anzahl 6-12 Mk.
Abzahl. 4-7 Mk. monatlich. Sehr
billige Preise. Man verl. Produkte
Roland-Maschinen-Gesellschaft
in Köln, 667, Rolandstr. Nr. 6.

Jeder strebsame und denkende
Kollege tritt nicht nur selbst dem
Verbande der in Staats- und
Gemeindebetrieben beschäftigten
Arbeiter bei, sondern führt der
Organisation auch neue Mit-
glieder zu.

Jeder frage sich, wie viel neue
Mitglieder er schon gewonnen hat.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gewerkschaften und Betriebsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter Ansehenen Bruno Poersch, Verlagsbuchhandlung
Redaktion: H. Bürger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: Fortwirts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 98.